Nr. 2 – Mai 2008 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

**Entschieden gut. Gut entschieden:
Ihre Karriere in der Bundeswehr.**

Bundeswehr
Karriere mit Zukunft.

Herzlich Willkommen auf unseren Karriereseiten.
Hier finden Sie nicht nur Karriereinformationen für alle, die gerne Soldatin oder Soldat werden möchten. Auch ohne Uniform bietet Ihnen die Bundeswehr im Rüstungsbereich und in der Territorialen Wehrverwaltung interessante zivile Karrieremöglichkeiten.
Treffen Sie Ihre Wahl:

Militärische Karriere

Zivile Karriere

Anti-Rekrutierung!

Friedlich denken allein ändert nichts.
DFG-VK
Werde Mitglied

INHALT

TITEL

Anti-Rekrutierung!

4 Frank Brendle beschreibt die Rahmenbedingungen, unter denen die Bundeswehr Nachwuchswerbung betreibt und gibt Hinweise, wie man dem begegnen kann.

6 Andreas Speck konstatiert eine Aushöhlung des KDV-Rechts beim Umbau der meisten Armeen in Europa von Wehrpflicht- auf Freiwilligenarmeen.

ANTIMILITARISMUS

8 Die seltsame Partnerschaft von Hannover und 1. Panzerdivision beschreibt Ralf Buchterkirchen.

10 In welcher Tradition der KSK-Hauptmann steht, der dem Sprecher des „Darmstädter Signals“ mit „Zerschlagung“ droht, stellt der Historiker Wolfram Wette dar.

ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN

12 Die „größte Anti-Atomwaffen-Aktion seit Ende des Kalten Krieges“ erwartet Roland Blach für Ende August in Büchel am Standort der letzten US-Atomraketen in Deutschland.

GEWALTFREIHEIT

14 Michael Schmid erinnert an den vor 40 Jahren ermordeten Martin Luther King.

ABRÜSTUNG

16 Jean-Pierre Dardaud über die Kampagne „Abrüsten, um Armut zu bekämpfen“

17 Das Kosovo ist ein selbständiger Staat – als Ergebnis einer langen Reihe von Rechtsbrüchen, wie Olaf Zander belegt.

18 Schon Tradition: Wenn sich in München die Kriegstreiber treffen, veranstaltet die DFG-VK eine Friedenskonferenz. Über die diesjährige berichtet Tommy Rödl.

RUBRIKEN

20 Briefe

12 Kolumne von Tobias Pflüger

22 DFG-VK-Intern: Monty Schädel berichtet über die Fortschritte in der DFG-VK-Mitgliederkampagne und aktuelle Arbeitsprojekte

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-59649 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 01212-571946095, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345, Telefax 0711-6403394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

Internet-Betreuung (www.zc-online.de)
Olaf Swillus (eMail os.zc@dfg-vk.de)

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 150354, 70076 Stuttgart, Telefon 0177-6361276, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
Informationen der „Gewaltfreien Aktion Atom-waffen abschaffen“ (Gesamtauflage) „Südwest-Kontakte“ (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 13. April. Die nächste Ausgabe erscheint im Juni, Redaktionsschluss ist der 30. Mai.

ISSN
1614-1954

Die ZivilCourage wird auf 100 %-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

FRIEDENSKUNSTWERK

Stufen des Friedens

30 Stufen hinauf, liest man das Wort Frieden in über 60 Sprachen und zahlreichen Schriften. Der Künstler, Friedensaktivist und DFG-VK-Mitglied Joachim „Bommel“ Fischer hat dieses Kunstwerk geschaffen, das Ende März im Kulturhaus Pusdorf in Bremen eingeweiht wurde. Die Sprachen reichen von Deutsch über Russisch, Türkisch und vielen anderen bis hin zu Plattdeutsch. Ägyptische Hieroglyphen sind eben so zu sehen wie Aramäisch und Chinesisch. Der 47-jährige Künstler sieht in der Treppe ein Zeichen des Friedens und der Verständigung zwischen den Menschen. So setzte er Hebräisch und Arabisch bewusst auf eine Stufe. „Im Konflikt zwischen Israel und Palästina kann wie in allen anderen Kriegen und Streitigkeiten nur das Gespräch miteinander zum Frieden führen“ erklärt Fischer. „Gewalt löst keine Probleme, sie schafft nur neue,“ sagt Fischer und erteilt Krieg und Militär eine klare Absage.

Der Mann mit der Bommelmütze würde sich freuen, auch in anderen Stadtteilen und Städten Friedenstreppen einrichten zu können. „Eigentlich müsste es überall Friedenstreppen geben, besonders aber vor Parlamenten wie dem Bundestag, wo die Entscheidungen für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen gefällt werden“ meint Fischer. „Vielleicht begreifen die verantwortlichen Politiker dann, dass unter anderem Abrüstung und die friedliche Bearbeitung von Konflikten notwendig sind, um uns dem irdischen Frieden näher zu bringen.“

FRIEDENSNOBELPREIS

Pete Seeger vorgeschlagen

17.972 Menschen haben bislang eine Petition unterschrieben, mit der der Pazifist und Folksänger Pete Seeger für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen wird. Seeger, Autor zahlreicher Friedens- und Antikriegslieder, wird am 3. Mai 89 Jahre alt. Nähere Informationen über die Petition im Internet unter *www.nobelprize4pete.org*

ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG

Pazifistin will ins Kriegsministerium

Kathrin Vogler ist DFG-VK-Mitglied und seit 2002 Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung (BSV), der sich als „Fachverband für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und pazifistische Politik“ versteht. „Konflikte gewaltfrei bearbeiten – Militär und Rüstung abschaffen“, so lautet das Motto des BSV.

Der BSV hat nun einen ungewöhnlichen Schritt getan und seine Geschäftsführerin dem „Verteidigungs“-minister als kostenlose Arbeitskraft angeboten. Im Ministerium soll sie den Minister beraten und an der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen mitwirken.

„Wenn es tatsächlich gang und gäbe ist, dass Unternehmen und Verbände unmittelbar in den Ministerien die Politik mitbestimmen, dann sind wir als Friedensorganisation in der Pflicht, hier für ein Gegengewicht zu sorgen“, erklärt Vogler ihre Bewerbung. Zwar sei der BSV grundsätzlich dafür, Lobbyisten den Zugang zu den Ministerien zu verbieten; aber solange dies nicht so sei, dürfe man das Verteidigungsministerium nicht allein der Rüstungsindustrie überlassen.

„Seit 1990 erleben wir einen kontinuierlichen Anstieg der Rüstungsexporte. Die Bundeswehr wird in immer weitere Einsätze geschickt, ohne dass es eine Vorstellung davon gibt, wie man sie wieder herausbekommt. Die Militarisierung der Politik nach innen und außen schreitet immer weiter voran. Die Handschrift der Rüstungslobby ist deutlich erkennbar und Herr Jung wäre gut beraten, deren Einfluss zurückzudrängen.“

Der BSV bietet dem Minister seine Erfahrungen im Aufbau nichtmilitärischer Verteidigungsstrukturen und bei der Entwicklung ziviler Konfliktbearbeitung an und will behilflich sein, den aus Sicht der Pazifisten überfälligen gesellschaftlichen Dialog über die aktuellen Bundeswehreinsätze zu organisieren.

Über die Chancen ihrer Bewerbung macht sich Vogler keine Illusionen: „Es ist unwahrscheinlich, dass der Minister sich jemand mit meinem friedenspolitischen Hintergrund ins Haus holt. Trotzdem ist unser Angebot ernst gemeint, denn wir halten den Dialog für notwendig und sind überzeugt, dass wir gute Argumente haben.“ Und weil die Pazifistin ein optimistischer Mensch ist, hat sie auch schon ein Zimmer in Berlin: „Sollte der Minister zustimmen, kann ich sofort anfangen.“

EDITORIAL

Foto: Regine Lieberam

Liebe Leserin,
lieber Leser,

„hat die KDV-Bewegung die Entwicklung verschlafen?“ fragt Andreas Speck aus dem Londoner Büro unserer Dachorganisation War Resisters' International mit Blick auf die zunehmende Professionalisierung der Armeen in Europa und die sinkende Bedeutung der „normalen“ Kriegsdienstverweigerung. Diese Frage richtet sich auch an die DFG-VK – und die Antwort könnte lauten: Sie wacht gerade auf. In Hessen hat Ende März ein Seminar stattgefunden, das sich damit beschäftigte, wie man der intensivierten Nachwuchswerbung der Bundeswehr begegnen kann. Und man müsste weiter fragen, wie man diejenigen erreichen kann, die den Werbeslogans vom „interessanten Beruf“ bereits auf den Leim gegangen sind. Die nun merken, dass Soldat-sein eben kein normaler Beruf ist. Zu sagen „selber schuld“ wäre zu einfach, für viele junge Arbeitslose scheint die Verpflichtung zur Bundeswehr eben zunächst einmal eine Alternative zu sein. Dass sie das nicht bleibt, ist eine Aufgabe für uns. Als Organisation haben wir eine lange Erfahrung in „antimilitaristischer Soldatenarbeit“, auch wenn wir eine solche in den letzten Jahrzehnten nicht aktiv betrieben haben. Und: Wir sind die KDV-Spezialisten und wissen den einfachsten Weg für jeden, die Bundeswehr wieder zu verlassen. Übrigens: Im letzten Jahr haben 3.119 Soldatinnen und Soldaten den Kriegsdienst verweigert – fast tausend mehr als im Jahr zuvor. Lasst uns diese Zahl weiter steigern!

Stefan Philipp

Anfang April erhielten alle DFG-VK-Mitglieder ein Schreiben des Geschäftsführers Monty Schädel, mit dem er über aktuelle Projekte informierte und um Unterstützung bat. Wegen eines Fehlers in der Versandwerkstatt war der Brief erst mit erheblicher Verzögerung verschickt worden, weshalb er auch den Hinweis auf eine Veranstaltung enthielt, die bereits stattgefunden hatte. Versandwerkstatt und DFG-VK bitten um Entschuldigung.

Anti-Rekrutierung

Von Frank Brendle

„Sag, wo die Soldaten sind“ war das Seminar des DFG-VK-Bildungswerks Hessen zu den Rekrutierungsmaßnahem der Bundeswehr betitelt, das Ende März in Frankfurt am Main stattfand.

Die Frage ist keineswegs rhetorisch: Die Bundeswehr hat immer mehr Schwierigkeiten, ihre Reihen aufzufüllen. Wehrpflichtige werden zwangsweise zugeführt, Berufssoldaten bleiben bis zur Pensionierung, aber die Masse der Soldaten (über 130.000 von 250.000) besteht aus Soldaten auf Zeit, die nach vier bis zwölf Jahren ausscheiden. Deswegen müssen weit über 20.000 Frauen und Männer jährlich neu geworben werden.

Aber: Von 23.000 Stellen konnten im Jahr 2006 nur 20.750 besetzt werden. Es hatten sich zwar 36.000 BewerberInnen gemeldet, aber fast die Hälfte schied aus, wegen mangelnder körperlicher oder intellektueller Tauglichkeit. Weiteres Alarmzeichen: Im vergangenen Jahr sind die Gesamtzahlen der Bewerber auf 31.000 zurückgegangen.

Den idealen Soldaten von morgen beschreibt der Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn mit Vokabeln wie: „hohe interkulturelle und soziale Kompetenz“, „kommunikativ und gleichermaßen konflikt- wie konsensfähig“, „lernwillig und lernfähig“, „gefestigte Persönlichkeit mit emotionaler und moralischer Stabilität“ usw. – eine wahre Traumgestalt. Handfester und fachlicher drückt das der Inspekteur des Heeres Hans-Otto Budde aus: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“

Doch es wird eng, sowohl was den archaischen Kämpfer angeht als auch den interkulturell befähigten High-Tech-Krieger. Seit Jahren klagt der Wehrbeauftragte, es fehle „an hinreichend qualifizierten und zugleich auslandsverwendungsfähigen Soldaten.“ Die Personallücken entstehen zum Teil erst durch die Auslandseinsätze, gerade was die Spezialisten angeht: Der Wehrbeauftragte nennt Heeresflieger, Feldjäger, Klimaanlagenmechaniker, Brandschutzexperten, Telekommunikations- und Fremdsprachenexperten, Wasseraufbereiter. Am stärksten ist der Mangel im Sanitätsbereich, wo die Auslandseinsätze eindeutig eine Auszehrung der Inlandsversorgung bewirken. Es fehlt an Fachpersonal, Anästhesisten, Intensiv- wie Allgemeinmedizinern. Die Hochqualifizierten, die noch da sind, müssen sich überdurchschnittlich lange im Ausland aufhalten, und was das für die Berufszufriedenheit aller Betroffenen bedeutet, lässt sich denken.

Die demographische Entwicklung bereitet der Bundeswehr derzeit die meisten Probleme. Es steht fest, dass die Anzahl der einberufbaren Jugendlichen in den nächsten Jahren rasant zurückgeht. Gemessen am Stand von 2007, wird es im Jahr 2013 zehn Prozent und im Jahr 2020 20 Prozent weniger Schulabgänger geben. Besonders stark ist der Rückgang im Osten Deutschlands, wo ein Rückgang auf zwei Drittel abzusehen ist. Da schrillen beim Militär alle Alarmglocken: Denn ein Drittel aller Bewerber kommt aus den neuen Bundesländern (obwohl dort nur rund ein Fünftel der Jugendlichen wohnt).

Weitere Auffälligkeit: Es wird auch in Zukunft fast so viele Abiturienten geben wie heute, der Rückgang bei Schulabgängern wirkt sich dafür bei Haupt- und Realschülern umso massiver aus. Offenbar wird das Gymnasium verstärkt als soziale Warteschleife genutzt. Das kann aber ebenfalls „negative“ Auswirkungen auf das Bewerberpotenzial der Bundeswehr haben. Im Jahr 2006 hatten nämlich nur 14 Prozent der neu Eingestellten Abitur, 62 Prozent Mittlere Reife und 22 Prozent einen Hauptschulabschluss (beim Fußvolk – Mannschaften bis Unteroffiziere – ist die Abiturientenquote rund neun Prozent).

Den „Wettbewerb um die jungen Talente am Arbeitsmarkt“ soll das vor zwei Jahren geschaffene Zentrale Messe-

und Eventmarketing (ZeMEMBw) gewinnen helfen. Es soll sowohl die Verteidigungsmoral der Bevölkerung heben, als auch die Bereitschaft zum Dienst in den Streitkräften befördern. So touren so genannte Karriere-Trucks durch die Republik: Drei Riesen-LKWs, von denen einer als Kino- und Vortragssaal dient, um Schulklassen zu agitieren; in weiteren Lastern finden Beratungsgespräche statt und wird Material präsentiert. Fünf Wehrdienstberater und ein Dutzend „einfache Soldaten" stehen zur Verfügung, um „authentische Einblicke in den Alltag der Truppe" zu ermöglichen, wie es heißt. Ganz wichtig bei all dem ist, das Militärische durch ziviles Beiwerk aufzupeppen und eine gute Show zu liefern: mit Kletterwand, Konzerten und anderen Events. In diesem Jahr ist die „Karriere-Tour" 41-mal in den Städten anzutreffen, meist auf zentralen Plätzen, die Kosten sind mit 1,3 Millionen Euro über 30 Prozent höher als im Vorjahr. Die Preissteigerung geht allein auf die Stärkung der „Eventmodule" zurück.

Währenddessen gehen die Zentren für Nachwuchsgewinnung systematischer vor: Mit ihren Infoständen bzw. Infomobilen besuchen sie gezielt Ausbildungsmessen, Jobbörsen, Jugendmessen usw. – Orte also, an denen arbeitssuchende Jugendliche anzutreffen sind oder zumindest deren Eltern. 600 Messen stehen in diesem Jahr auf der Agenda der Personalwerber.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) geht davon aus, dass neun Prozent der männlichen Jugendlichen zum Kernpotenzial der Interessierten zählen. Dieses gilt es auszubauen und dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen den Schritt zur Bewerbung auch tatsächlich machen. Aber wie? In einer Studie von Ende 2007 stellt das SOWI fest: Jugendliche wollen Jobs mit hohem sozialen Prestige, in denen man „selbständig planen und entscheiden" könne, „gute Vorgesetzte" habe, „nette Kollegen", eine „herausfordernde und interessante Tätigkeit".

Niederschmetternd ist für die Militärs, was die Jugendlichen auf die Frage antworten, wie sie sich einen typischen Soldaten vorstellen: zwar „stark und körperlich fit" (was für ein Irrtum!), aber: nicht sehr intelligent, wenig gebildet, wenig kreativ, wenig tolerant, wenig einfühlsam, wenig fachlich kompetent. Daran muss gearbeitet werden, und dafür sind die Karriere-Touren geschaffen worden. Sie sollen den Jugendlichen vorgaukeln, die Bundeswehr sei ein toller Arbeitgeber. Zugleich sollen sie den Eltern die Legitimität der Streitkräfte deutlich machen, damit sie ihrem Nachwuchs auch gut zureden. Speziell „für die jugendlichen Freunde und Partner wären jugendgerecht gestaltete Internetseiten und Veranstaltungen mit einem höheren Unterhaltungswert zu empfehlen", so das SOWI. Dafür ist unter anderem das „Jugendmarketing" der Bundeswehr zuständig. Es veranstaltet regelmäßig Musik- und Sportwettbewerbe, in diesem Jahr z.B. „Bw-Olympix" Ende Mai an der Militärsportschule in Warendorf. 1.200 Jugendliche können dabei teilnehmen, Alter: 16 und 17. Es geht, so die Bundesregierung, darum, „das Interesse am Arbeitgeber, am freiwilligen Dienst in den Streitkräften" zu wecken.

Als Achillesferse entpuppen sich die Auslandseinsätze. Selbst die militärinteressierten Jugendlichen beschränken ihr Interesse weitgehend auf ihr berufliches Vorankommen, auf Militärtechnik und Bewaffnung. An „Einsätzen" im Inland haben nur 44 Prozent ein Interesse, an Auslandseinsätzen gar höchstens 38 Prozent. Und: Immer, wenn die Medien über zu Tode gekommene Bundeswehrsoldaten in Afghanistan berichten, geht das Interesse Jugendlicher schlagartig zurück. Danach steigt es wieder, aber die Tendenz geht bekanntlich zu „robusteren", sprich „tödlicheren" Einsätzen.

Die Wirklichkeit ist vom Ideal weit entfernt. Nicht die fitten Lichtgestalten bewerben sich, sondern die Arbeitslosen. Das zeigen schon die Bewerberzahlen aus Ostdeutschland, aber auch im Westen flüchten Jugendliche aus der Arbeitslosigkeit in die Bundeswehr. Die nutzt die Chance und ist flächendeckend in Job-Centern und Berufsinformationszentren vertreten – in der Regel findet einmal monatlich eine Informationsveranstaltung statt, in manchen Städten gibt es feste Bundeswehrbüros im Arbeitsamt. In Berlin, Sachsen und Thüringen sind Agenturmitarbeiter in den Kasernen geschult worden, um ihren „Kunden" einen Job beim Militär schmackhaft zu machen. Die Hartz-IV-Gesetzgebung kommt dem entgegen, da Jugendliche weniger Arbeitslosengeld II erhalten und nicht von zu Hause ausziehen dürfen

Seit neuestem ist auch amtlich, dass Arbeitsangebote im zivilen Bereich bei der Bundeswehr (Verwaltung, Technik) als „zumutbar" gelten, bei Verweigerung droht also Hartz-IV-Sperre. Hiergegen werden sich Friedens- gemeinsam mit Erwerbslosengruppen unbedingt wehren müssen.

Die Bundeswehr hätte zwar lieber höher qualifizierte Frauen und Männer, die kriegt sie aber nicht, weil die lieber in die weitaus besser zahlende und nicht so gefährliche Privatwirtschaft gehen. Nur wer dort keine Chance hat, geht zur Truppe, um eine Ausbildung zu machen, dafür muss er sich für vier bis zwölf Jahre verpflichten und mindestens ein Jahr im Ausland verbringen. Es sind also die sozial Marginalisierten (vulgo: Proletarier), die für die Reichen die Kohlen aus dem Feuer holen bzw. Ressourcenzugänge und Transportwege erkämpfen sollen.

Frank Brendle ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg und ZivilCourage-Redakteur. ZC

Intervenieren!

Ob Friedensgruppen arbeitslosen Jugendlichen etwas Positives zu bieten haben, ist eine offene Frage. Klar ist aber: Die Bundeswehr kann keine positive Alternative zur Arbeitslosigkeit sein. Ansätze für Antirekrutierungsarbeit sind z.B.:

- Karrieretour: Die Karriere-Trucks sind, wie übrigens auch häufig Infomobile der Zentren für Nachwuchsgewinnung, auf öffentlichen Plätzen – und zwar einige Tage lang und auch über Nacht. Da gibt es viel Spielraum für phantasievolle Aktionen
- Wenn die Bundeswehr öffentliche Plätze in Beschlag nimmt, braucht sie dafür eine Genehmigung der Stadtverwaltung – das bietet die Chance, das Thema auf die Tagesordnung des Kommunalparlaments zu bringen.
- Jugendliche reagieren sensibel auf Meldungen über „gefallene" Soldaten im Ausland, sie verdrängen die Gefährlichkeit des „Jobs" aber auch schnell – man sollte sie also ruhig daran erinnern.
- Von wegen „nette Kollegen" und „gute Vorgesetzte" – den miesen Alltag bei der Truppe zu schildern kann auch schon einige Jugendliche abschrecken.
- Die Bundeswehr schreibt Schulen an, um sie zu den Karrieretrucks zu locken – auch hier können SchülerInnen und LehrerInnen ansetzen und Diskussionen führen.
- Ideen zu praktischen Störmanövern findet man z.B. unter www.bundeswehr-wegtreten.org
- Eine komplette Auflistung aller anstehenden Reklameeinsätze findet sich in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Ulla Jelpke (Linksfraktion): http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/083/1608355.pdf

Hat die KDV-Bewegung die Entwicklung verschlafen?

Professionalisierung des Militärs: Ende des Rechts auf KDV in Europa?/Von Andreas Speck

In Europa hat sich in den letzten Jahren der Trend zur Professionalisierung des Militärs fortgesetzt. Mehr und mehr Länder schaffen die Wehrpflicht ganz ab oder setzen sie aus. Derzeit halten von den 27 EU-Mitgliedern nur 10 an der Wehrpflicht fest, und von diesen 10 werden einige in den nächsten Jahren ebenfalls die Wehrpflicht abschaffen – so wird z.B. von Polen erwartet, dass zwischen 2010 und 2012 die Wehrpflicht beendet werden wird. Selbst in Ländern, in denen die Wehrpflicht beibehalten wird, wird in der Regel den Berufs- und ZeitsoldatInnen innerhalb des Militärs eine wichtigere Rolle zugeschrieben, z.B. im Rahmen von Auslandseinsätzen oder in den „EU Battle Groups". Das Festhalten an der Wehrpflicht hat oft mehr ideologische als militärische Gründe.

Im Wesentlichen unbemerkt geht mit dieser Entwicklung eine andere Entwicklung einher: Das in der Europäischen Union weit verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Wehrpflichtige wird ausgehöhlt – es steht für BerufssoldatInnen in der Regel nicht zur Verfügung. Während alle derzeit 27 EU-Mitgliedstaaten das Recht auf KDV für Wehrpflichtige anerkannten, erkennen nur zwei Staaten – Deutschland und Großbritannien – das Recht auf KDV auch für BerufssoldatInnen an. (Für einige Länder, z.B. die Tschechische Republik, gibt es dazu widersprüchliche Informationen.)

Die Europäische Union, die sich so oft ihrer Menschenrechtsstandards rühmt, verletzt hier selbst internationale Standards. Folgt man der Logik des Rechts auf Gewissensfreiheit (Artikel 18 des Internationalen Zivilpaktes, Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention, Artikel 10 der Europäischen Grundrechtecharta), so ist darin eben auch die Freiheit enthalten, seine Gewissensüberzeugung jederzeit zu ändern. Konsequenterweise forderte die parlamentarische Versammlung des Europarates in einer Entschließung zu Menschenrechten in den Streitkräften vom 24. März 2006, dass Mitgliedstaaten „in ihre Gesetzgebung das Recht ein(zu)führen, sich zu jeder Zeit als Kriegsdienstverweigerer registrieren zu lassen, vor, während und nach der Ableistung des Wehrdienstes, sowie das Recht von BerufssoldatInnen, die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu erhalten". *(Human rights of members of the armed forces; Doc. 10861, 24. März 2006)* Bereits die Empfehlung 1518 von 2001 empfahl den Mitgliedern des Europarates, das Recht auf KDV auch für BerufssoldatInnen anzuerkennen.

In der Praxis tut sich da jedoch wenig und es fehlt auch politischer Druck, dies umzusetzen. Oft wird argumentiert dass dies doch kein Problem sei, da es keine VerweigererInnen gebe. Ein Trugschluss, denn in Ermangelung eines KDV-Rechtes werden VerweigererInnen eben versuchen, andere Möglichkeiten der vorzeitigen Entlassung aus dem Dienst zu nutzen – oft medizinische oder psychologische Gründe. Oder aber: Sie fallen in der Statistik unter „Deserteure" oder „unerlaubte Abwesenheit", und in Ermangelung einer Unterstützungsstruktur wie z.B. der *GI Rights Hotline* in den USA werden diese Fälle selten öffentlich werden.

Anti-Rekrutierungsarbeit und SoldatInnenrechte: Die europäischen KDV-Bewegungen haben bisher die Herausforderungen, die sich aus der Abschaffung der Wehrpflicht ergeben, größtenteils verschlafen. Weder gibt es eine strukturierte Anti-Rekrutierungsarbeit, noch eine sichtbare Unterstützungsstruktur für SoldatInnen, die aus welchen Grund auch immer aus dem Militär raus wollen. Das rächt sich jedoch, denn so fehlt kritischen SoldatInnen jeder Bezugs- und Anknüpfungspunkt.

Bildungs- und Klassenaspekte machen der antimilitaristischen Bewegung die Arbeit zusätzlich schwer. Während die Rekrutierungsanstrengungen des Militärs sich oft auf benachteiligte Personengruppen konzentrieren – niedriger Bildungsgrad, EinwandererInnen, Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit –, bestehen die meisten antimilitaristischen Gruppen doch im hauptsächlich aus Angehörigen der Mittelschicht mit einem höheren Bildungsgrad. Da fällt es oft schwer, eine gemeinsame Sprache zu finden.

Auch das Vorurteil, dass Leute, die sich freiwillig zum Militär melden, doch keine KriegsdienstverweigererInnen sein können, findet sich immer wieder.

Die Erfahrungen in den USA zeigen jedoch, dass die Arbeit mit (Ex-)SoldatInnen und gegen die Rekrutierungsanstrengungen des Militärs aus friedenspolitischer Sicht sehr wichtig – und erfolgversprechend – ist. Die dortige Antirekrutierungsbewegung bekämpft die allgegenwärtige Präsenz militärischer AnwerberInnen in High Schools und Universitäten in einem Grade, der es dem Militär zunehmend schwer macht, die erforderlichen Rekrutierungszahlen zu erreichen. In dieser Arbeit spielen Ex-SoldatInnen – Vietnamkriegsveteranen sowie Veteranen des ersten und jetzigen Golfkriegs, oft ehemalige Deserteure oder Kriegsdienstverweigerer – eine extrem wichtige Rolle, kennen diese doch das Militär von innen und können die Mythen und Lügen der militärischen AnwerberInnen glaubwürdig entkräften.

Outsourcing: KDV in der Privatwirtschaft. Ein vollkommen neues Terrain eröffnet sich mit dem zunehmendem „Outsourcing" von Dienstleistungen für das Militär. In einem kleineren und „professionellen" Militär werden nicht-zentrale Aufgaben zunehmend an private Auftragnehmer vergeben: von der Kantine und Wäscherei in der Kaserne bis zur Wartung von Panzern und Kampfflugzeugen. Werden diese Aufgaben in Wehrpflichtarmeen oft von Wehrpflichtigen übernommen, so sind knappe und teure BerufssoldatInnen dafür „zu schade".

Während diese Aufgaben keinen Waffendienst beinhalten, so können sie doch auch nicht als „zivil" angesehen werden. Sie kämen für einen zivilen Ersatzdienst von Kriegsdienstverweigerern nicht in Frage.

Doch was geschieht nun, wenn zivile ArbeitnehmerInnen eine Kriegsdienstverweigerung entwickeln und das Arbeitsverhältnis beenden möchten? Während ihnen – im Gegensatz zu BerufssoldatInnen – keine Strafverfahren drohen, so ist das Resultat doch in der Regel Arbeitslosigkeit; und da diese selbst ver-

schuldet ist, droht zusätzlich eine zeitliche Sperrung des Arbeitslosengeldes. Einen Anspruch auf Versetzung in einen zivilen Zweig des gleichen Arbeitgebers gibt es nicht.

Land	Wehrpflicht	KDV für Wehrpflichtige vor Wehrdienst	KDV für Wehrpflichtige während/nach Wehrdienst	KDV für BerufssoldatInnen	Anmerkungen
Belgien	ausgesetzt	Ja (1)		Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Bulgarien	Nein			Nein	KDV-Regelung in der Verfassung abgeschafft
Dänemark	Ja	Ja	Ja	Nein	
Deutschland	Ja	Ja	Ja	Ja	
Estland	Ja	Ja	Nein	Nein	
Finnland	Ja	Ja	Ja	Nein	
Frankreich	ausgesetzt	Ja (1)		Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Griechenland	Ja	Ja	Nein	Nein	
Grossbritannien	Nein			Ja	
Irland	Nein			Nein	
Italien	ausgesetzt	Ja (1)	Nein (1)	Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Lettland	ausgesetzt	Ja (1)	Nein (1)	Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Litauen	Ja	Ja (1)	Nein	Nein	(1) trotz Anerkennung der KDV gibt es keinen wirklich zivilen Ersatzdienst
Luxemburg	Nein			Nein	
Malta	Nein			Nein	
Niederlande	ausgesetzt	Ja (1)	Ja (1)	Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Österreich	Ja	Ja	Nein (1)	Nein	(1) Anträge von Reservisten sind erst drei Jahre nach Beginn des Wehrdienstes möglich
Polen	Ja	Ja	Nein	Nein	
Portugal	Nein (1)			Nein	(1) unklar, ob die Wehrpflicht abgeschafft oder nur ausgesetzt ist
Rumänien	Nein (1)	Ja (1)	Nein (1)	Nein	(1) unklar, ob die Wehrpflicht abgeschafft oder nur ausgesetzt ist
Slovakei	ausgesetzt	Ja (1)	Nein (1)	Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder
Slovenien	Nein			? (1)	(1) Informationen widersprüchlich
Spanien	Ausgesetzt (1)			Nein	(1) unklar, ob die Wehrpflicht abgeschafft oder nur ausgesetzt ist
Schweden	Ja	Ja	Ja	Nein	
Tschechische Republik	ausgesetzt	Ja (1)		? (2)	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder (2) Informationen widersprüchlich
Ungarn	ausgesetzt	Ja (1)	Nein (2)	Nein	(1) sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, gilt auch das Recht auf KDV wieder (2) nur vor dem Eid
Zypern	Ja	Ja	Nein	Nein	
Kandidatenländer					
Kroatien	ausgesetzt (1)	Ja (1)	Ja (1)	Nein	(1) seit 1.1.2008 ausgesetzt, zunächst für drei Jahre
Mazedonien	Nein (1)	Ja (1)	Nein (1)	Nein	(1) unklar, ob die Wehrpflicht abgeschafft oder nur ausgesetzt ist
Türkei	Ja	Nein	Nein	Nein	

Ähnliche Probleme können sich ergeben wenn ein „ziviler“ Arbeitgeber einen neuen Auftrag des Militärs erhält: Dies kann für MitarbeiterInnen bedeuten, dass sie plötzlich die Wäsche des Militärs waschen müssen oder in eine Kantine innerhalb einer Kaserne verlegt werden. Das Recht, einen solchen Einsatz zu verweigern, gibt es nicht.

Diese Fragen stehen derzeit vollkommen am Anfang, und eine Auseinandersetzung damit hat weder in der KDV-Bewegung noch in den Gewerkschaften begonnen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die europäischen KDV- und Antikriegsorganisationen den Herausforderungen einer sich verändernden militärischen Landschaft stellen. Während mehr und mehr europäische Streitkräfte im Ausland an kriegerischen, so genannten „friedensstiftenden“ oder „humanitären“ Einsätzen beteiligt sind, und dies in der Regel mit BerufssoldatInnen, hat die KDV-Bewegung es bisher verschlafen, auf diese Veränderungen zu reagieren. Wie lange können wir uns das noch leisten?

Es ist höchste Zeit, von den US-amerikanischen Erfahrungen zu lernen und auch in Europa eine starke Antirekrutierungsbewegung aufzubauen, die auch die Dienst tuenden SoldatInnen nicht ignoriert, sondern denen, die raus wollen, ihre Unterstützung anbietet.

Andreas Speck ist Mitarbeiter zu Fragen der KDV im Londoner Büro der War Resisters' International. ZC

Kirche, Kommune, Kommiss

In Hannover organisiert sich der Protest gegen die unheilvolle Verbindung/Von Ralf Buchterkirchen

Im Sommer übernimmt die Bundeswehr neue Aufgaben in Afghanistan. 250 SoldatInnen sollen als Bestandteil der „Quick Reaction Force" der Isaf die bisher dafür eingesetzten norwegischen Streitkräfte ersetzen. Kampfeinsatz wahrscheinlich. Kommen sollen diese Truppen aus dem niedersächsischen Städtchen Augustorf und gehören der 1. Panzerdivision mit Sitz in Hannover an.

Die 1. Panzerdivision, auch bekannt als „Division Einsatzkräfte", ist die führende Stelle, wenn es um weltweite Einsätze der Bundeswehr geht. Sie wurde durch die Transformation der Bundeswehr „zu einer Armee im Einsatz" von 10.000 auf 19.000 SoldatInnen aufgestockt Diese Division übernimmt die so genannten „friedenserzwingenden Maßnahmen", d.h. sie stellt die Kampfverbände, die z.B. die „deutschen Interessen am Hindukusch verteidigen". Sie stellte aber auch die „Fennek"-Spähpanzer, die beim G8-Gipfel die Autobahnen observierten. Sie ist – in den Worten des Inspekteurs des Heeres, Budde – „die Speerspitze der gepanzerten Kräfte des deutschen Heeres". In ihrer Selbstdarstellung heißt es: „Die 1. Panzerdivision als Eingreifdivision plant und führt multinationale, vernetzte Operationen im streitkräftegemeinsamen Verbund zur Durchsetzung friedenserzwingender Maßnahmen ... und stellt Kräfte zur deutschen Beteiligung an Nato- und EU-Eingreifkräften."

Im Folgenden führt die 1. Panzerdivision ihre Kriegsgebiete auf, in denen sie präsent war und ist. Soldatinnen und Soldaten waren „bisher in Kambodscha, in Bosnien Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan und in Kuwait eingesetzt. Bisher waren mehr als 7.650 Soldaten der Division im Auslandseinsatz. Für das 10. Kontingent SFOR/KFOR, das 7. Kontingent ISAF/Kabul und das 3. Kontingent ISAF/Kunduz/Enduring Freedom vom November 2004 bis Mai 2005 ist die 1. Panzerdivision als Leitdivision mit der Zusammenstellung der Einsatzkräfte und der Durchführung der einsatzvorbereitenden Ausbildung beauftragt".

Mit der wiederholten Fokussierung auf „bisher" wird deutlich, dass es um mehr geht. Die Aufzählung erscheint als Triumphliste. Triumphe sind hingegen nicht ablesbar – alle aufgezählten Regionen sind weiterhin durch ethnische Spannungen und gewaltsame Konflikte geprägt.

Nicht nur auf militärischem Gebiet ist die „Division Einsatzkräfte" Vorbereitende einer neuen Strategie, weg von einer „Verteidigungsarmee", hin zu einer „Invasionsarmee". Auch bei dem Versuch der Bundeswehr, das Militär – und die damit verbundene Ideologie – in den zivilgesellschaftlichen Alltag zu integrieren, ist die „Division Einsatzkräfte" führend. Die Landeshauptstadt Hannover unterstützt sie dabei tatkräftig. Drei Beispiele sollen im Folgenden die Strategie verdeutlichen.

1983 hat die Stadt Hannover die Patenschaft für die erste Panzerdivision übernommen. Auf den ersten Blick scheint dies ungewöhnlich, gibt es doch nirgendwo sonst in der Bundesrepublik Deutschland solch eine Partnerschaft und tat sich gerade Hannover als Friedensstadt hervor. So war Hannover maßgebliche Mitinitiatorin der Mayors für Peace, einer Städtepartnerschaft mit Hiroshima, und dem Bündnis der Städte für den Frieden. Auf den zweiten Blick scheint das Interesse Hannovers an dem Militärischen nicht nur mit Hinweis auf den damaligen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr folgerichtig, vielmehr sollte auch das nicht-friedenspolitische Klientel bedient werden. Dem Ruf Hannovers als friedenspolitisch aktive Stadt tat dies keinen Abbruch. Proteste gegen das militärische Engagement Hannovers regten sich erst in den letzten Jahren, vor allem aus autonomen Kreisen.

Aus der Patenschaft Hannovers für die 1. Panzerdivision ergaben und ergeben sich viele Anknüpfungspunkte für die Bundeswehr. Seit 1973 findet im Stadtpark Hannovers ein Sommerbiwak der Bundeswehr statt, zu dem „alles, was Rang und Namen hat", geladen wird. 6.500 gezielt eingeladene Gäste folgen jährlich der Einladung zu „Europas schönstem Gartenfest", wie nicht nur die Lokalpresse euphorisch schreibt. Gefeiert wird die Verbundenheit der Stadt mit „ihrer" Division. Nicht genannt wird, was die Veranstaltung wirklich ist: Eine Werbeveranstaltung des in aller Welt wieder aktiven deutschen Militärs. Von Krieg und Tod ist nicht die Rede. Varieté, Militärmusik und Feuerwerk sollen Militär als Happening in den zivilgesellschaftlichen Alltag integrieren und Vernetzung von Militär und Wirtschaft, außerhalb parlamentarischer Kontrolle, vertiefen. Schmalstieg, jahrzehntelanger Oberbürgermeister der Stadt Hannover (und als solcher Vorsitzender der „Bürgermeister für den Frieden") sagte 2006 zu dieser Veranstaltung: „Dieser Rahmen ist alljährlich ein hervorragender Anlass, die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Militär zu vertiefen". Diese Ansage setzte das Rathaus im Folgejahr deutlich um. Erstmals nach 33 Jahren ist die Bundeswehr nicht mehr alleiniger Veranstalter, vielmehr ist seit 2007 die Stadt auch offiziell im Boot, erhebt somit die Veranstaltung zum offiziellen städtischen Event.

Größeren Widerstand gegen diese Feier gab es bisher kaum. Vor drei Jahren eskalierte das spontane Entrollen eines Banners vor dem Gelände zu Handgreiflichkeiten von Seiten der Feldjäger dermaßen, das die DemonstrantInnen froh waren als die Polizei einschritt. Seitdem finden zu diesem Termin Demonstrationen unter teilweise abstrusen Auflagen seitens der Polizei statt. So wurde 2007 verboten, die Lautsprecheranlage in Richtung Stadtgarten schallen zu lassen, der Rückweg sollte komplett ohne Beschallung ablaufen, damit die TeilnehmerInnen der Militär-Veranstaltung nicht gestört würden. Beide Auflagen hat ein Gericht inzwischen kassiert. Auch 2008 ist ein Sommerbiwak geplant. Es findet am 22. August unter dem Motto „Zauber der Nacht" statt. Um den Protest zu verbreitern wird – neben der inzwischen schon fast traditionellen Demonstration – im Vorfeld ein Friedensbiwak stattfinden.

Aber auch außerhalb der stadtoffiziellen Politik findet die Bundeswehr Unterstützung. So lädt die Marktkirche, Hannovers zentrales evangelisch-christliches Gotteshaus, seit acht Jahren jährlich zum Adventskonzert mit dem Mu-

sikkorps der 1. Panzerdivision. Dabei kam es im letzten Jahr erstmals zum lautstarken Protest. FriedensaktivistInnen störten den Beginn der Veranstaltung in der vollbesetzten Kirche durch das Ausrollen eines Banners mit dem Spruch „Aufrüstung mit Gottes Segen – Hand in Hand zum Kriegseinsatz". Mit Sprüchen und auf Flugblättern wurde die einträchtige kirchlich-militärische Gemeinschaft kritisiert. Der Kommandeur der 1. Panzerdivision Langheld wollte sofort einschreiten, wurde von der Kirche jedoch dezent darauf hingewiesen, dass er hier kein Hausrecht habe.

Die Kirche selbst ergriff Maßnahmen: Die herbeigerufene Polizei nahm die Beteiligten fest, der Stadtsuperintendent Puschmann stellte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs (eine Anzeige, die er bis heute nicht zurückgezogen hat). Die Inhaftierten mussten sich auf der Wache teilweise komplett ausziehen und wurden mehrere Stunden festgehalten. Der Protest wurde jedoch auch zum Anlass genommen, sich intensiv mit dem Verhältnis von Kirche und Militär zu beschäftigen. Eine vom Friedensbüro Hannover mitorganisierte Veranstaltung (unter Einbeziehung kirchlicher VertreterInnen) im März, die sich mit den Geschehnissen in der Marktkirche beschäftige und von 250 TeilnehmerInnen besucht wurde, lässt hoffen, dass der kircheninterne Druck groß genug wird, um erneute Konzerte zu verhindern.

Der dritte Pfeiler der Außenarbeit der Division Einsatzkräfte in Hannover sind öffentliche Veranstaltungen, eingeladen von Stadt, Bundesland bzw. Militär. So wird jährlich ein Jahresempfang der Bundeswehr in der noblen AWD-Hall gefeiert, zu dem städtische und wirtschaftliche Mandats- und EntscheidungsträgerInnen gerne kommen. Ministerpräsident Wulff ist selbstverständlich Ehrengast.

Am 10. März fand eine Feierstunde im Rathaus statt, in der die 25-jährige Patenschaft von Stadt und Panzerdivision gefeiert wurde. Aufgrund von Protesten vor dem Mahnmal des unbekannten Deserteurs außerhalb des Rathauses, erfolgte die Feier unter entsprechender Polizeipräsenz, jedoch praktisch ohne BürgerInnenbeteiligung. Dass das Rathaus hinter der 1. Panzerdivision steht, ist weiterhin unstrittig. Der aktuelle Oberbürgermeister Weill meinte zur Patenschaft, sie sei ein rein ideeller Ausdruck der Verbundenheit mit den SoldatInnen und ihren Familien. „Wir wissen, was wir an der Bundeswehr in unserer Stadt haben. Sie ist ein wichtiger Standort unserer Streitkräfte (...) und wir haben bei vielen Gelegenheiten gesehen, wie groß die Sympathie für die Bundeswehr in unserer Stadt ist. (...) Wir sind stolz, an ihrer Seite stehen zu dürfen". Begründet wird das hohe Ansehen, welches die Division Einsatzkräfte genieße, neben dem Schaffen von Arbeitsplätzen, vor allem mit Katastropheneinsätzen in den 1970er und 1980er Jahren, mit Einsätzen also, die wenig mit dem eigentlichen Auftrag der Bundeswehr zu tun haben, imagebildend jedoch von größter Bedeutung sind.

Am 22. April hat der niedersächsische Landtag in einer Feierstunde die Invasions-Truppen verabschiedet, die zur Sicherung und Unterstützung der Kampfhandlungen der „quick reaction force" („schnelle Eingreiftruppe") nach Afghanistan abkommandiert wurden. Friedliche Initiativen wie „Ärzte ohne Grenzen" erhalten selten solche Aufmerksamkeit wie in Hannover das Militär.

Die öffentlichen Proteste stehen erst am Anfang. Immerhin hat sich in Hannover in Vorbereitung des diesjährigen Ostermarsches ein antimilitaristischer Arbeitskreis unter Mitwirkung des Friedensbüros Hannover und der DFG-VK gebildet, welcher die geplanten (und noch ungeplanten) Aktionen langfristig koordinieren und verbreitern will. Durch die zunehmende öffentliche Problematisierung und Skandalisierung werden es Stadt und Kommando-Einsatzkräfte in Zukunft schwerer haben, Militär als der Stadt zugehörig und als „normalen Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung", zu präsentieren. Veranstaltungen der Bundeswehr werden – im Gegensatz zu bisher – nur noch unter Polizeischutz stattfinden können. Das kann aber nur der erste Schritt sein. Die Proteste müssen dauerhaft überregionalisiert werden und mindestens auf alle Standorte (neben Niedersachsen befinden sich Standorte der 1. Panzerdivision in Schleswig-Holstein, Hessen und Thüringen) ausgeweitet werden.

Foto: Ralf Buchterkirchen

Die Skandalisierung des öffentlichen Auftretens ist dabei ein notwendiger Weg der Auseinandersetzung, darf aber nicht der einzige sein. Zudem müssen, neben der dauerhaften Skandalisierung und einer Verbreiterung der Proteste, auch andere AktionsträgerInnen (Parlamente, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen) animiert werden, mit dazu beizutragen, dass der Militarisierung des Zivilen ein Ende bereitet wird. Dies wäre ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zur Abschaffung von Militär.

Ralf Buchterkirchen ist Sprecher der DFG-VK-Gruppe Hannover. ZC

Der Hassbrief des KSK-Hauptmanns

Eine historische Einordnung für die Zukunft/Von Wolfram Wette

Als skurril und unzeitgemäß könnte man die Affäre abtun, gäbe es da nicht diese fatalen historischen Verbindungslinien. Wie der „Spiegel“ (13/2008, S. 24) dankenswerter Weise aufdeckte, attackierte unlängst ein aktiver Bundeswehr-Hauptmann einen ranghöheren Kameraden in einem hasserfüllten Brief und griff dabei auf den hohen Ton nationalistischen Heldentums zurück: „Es lebe das heilige Deutschland.“ Der junge Offizier scheint sich dadurch gedeckt zu fühlen, dass dies auch die letzten Worte des Widerstandskämpfers Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg waren. Hat er, so muss man sich jedoch fragen, nicht mitbekommen, dass die Zeiten sich geändert haben, dass Deutschland seit langem ein Teil der Europäischen Union ist und sich die vermeintliche Heiligkeit von Vaterländern heute kaum noch jemandem erschließt?

Aber der Mann versteht keinen Spaß. Er meint es ernst. Sonst hätte er sich nicht unter Nennung seines vollen Namens öffentlich exponiert: Hauptmann Daniel Kaufhold, Kommando Spezialstreitkräfte (KSK) in Calw. Was diesen Offizier aus der Reserve lockte, waren öffentliche Äußerungen des Oberstleutnants Jürgen Rose, der beim Wehrbereichskommando IV in München Dienst tut und als einer der Sprecher der kritischen Soldatenorganisation „Darmstädter Signal“ von sich reden macht. Rose kritisiert die „Enttabuierung des Militärischen“. Den Bundeswehreinsatz gegen Jugoslawien 1999 bezeichnet er als völkerrechtswidrige Aggression und den Einsatz in Afghanistan als ebenfalls nicht vom Völkerrecht gedeckten „Friedensverrat“. Im Übrigen plädiert er für den Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung. Das heißt: Er zeigt immer wieder auf, dass es Alternativen zu der Politik weltweiter Militärinterventionen gibt. Zudem kann er auf die – durch viele Umfragen erhärtete – Tatsache verweisen, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung es begrüßen würde, wenn sich Bundesregierung und Bundestag auf zivile Aufbauhilfe beschränkten.

Hauptmann Kaufhold fühlt sich massiv verunsichert, dass ausgerechnet ein aktiver Bundeswehr-Oberstleutnant immer wieder auf nicht-militärische Alternativen verweist. Diese bedrohen sein kriegerisches Weltbild: Da halten wir Elitesoldaten vom KSK in Afghanistan „die Knochen hin“, und ein so genannter Kamerad sagt, es müssten nicht-militärische Wege gefunden werden, um mit solchen Konflikten umzugehen. Ein Soldat, der so denkt, ist für den soldatischen KSK-Mann nicht etwa ein zu tolerierender Andersdenkender, sondern ein Feind. Daher schrieb Kaufhold an Rose: „Ich beurteile Sie als Feind im Innern und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen.“ Da hören wir den Originalton der rechtsradikalen Freikorpskämpfer aus den frühen Jahren der Weimarer Republik, die später durchweg bei der NSDAP und der SS landeten. Und da hört der Spaß nun endgültig auf.

KSK-Übung (auf Sardinien)
Ramponierter Ruf

SOLDATEN

Feind im Inneren

Ein KSK-Hauptmann schickte eine politische Hass-Mail an einen Kameraden. Der Empfänger beschwert sich – doch die Bundeswehrführung reagiert gelassen.

Sie operieren streng geheim. Informationen über ihre Einsätze sind rar, Erfolge, Niederlagen, Opfer bleiben im Dunkeln. Auf den wenigen Bildern, die in der Öffentlichkeit kursieren, tragen sie eine schwarze Strumpfmaske über dem Kopf. Die Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die Elitekämpfer der Bundeswehr, geben ihre Identität nicht preis.

So ist anzunehmen, dass es dem KSK-Hauptmann Daniel K. ein wichtiges Anliegen ist, als er am 28. Juli vergangenen Jahres eine E-Mail mit seinem vollen Namen unterschreibt. Die Zeilen, die Daniel K. an jenem Samstagnachmittag formuliert, richtet er an einen Kameraden im Wehrbereichskommando IV, den Oberstleutnant Jürgen Rose. Der ranghöhere Offizier ist dem KSK-Mann als Sprecher des Darmstädter Signals aufgefallen, einer Gruppe von ehemaligen und aktiven Soldaten, die sich als das „einzige kritische Sprachrohr“ der Bundeswehr bezeichnet. Die eher linksorientierten Kameraden ziehen zivile Konfliktlösungen einem militärischen Einsatz vor und fordern den Abbau von Massenvernichtungswaffen.

Rose selbst hält den „Tornado“-Einsatz im Süden Afghanistans für völkerrechtswidrig und hat deshalb aus Gewissensgründen darum gebeten, von Tätigkeiten, die diesen Einsatz unmittelbar unterstützen, entbunden zu werden. Dass er sich mit dieser Haltung bei den Kameraden nicht nur Freunde macht, ist Jürgen Rose bekannt. Doch in der Nachricht von Daniel K. geht es nicht um den Vorwurf mangelnder Härte – aus ihr spricht Hass.

„Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen“, schreibt Daniel K. Er distanziere sich von „diesem linken Zeitgeistkonglomerat uniformierter Verpflegungsempfänger“, Rose solle zurückkehren in „die Sümpfe des Steinzeitmarxismus“.

Offizier Rose, Wehrbeauftragter Robbe
Unerträgliche Formulierungen

Dass es in einer rund 250 000 Soldaten starken Armee Menschen gibt mit höchst divergierenden politischen Ansichten, kann weder erstaunen noch die Wehrkraft gefährden. Was Daniel K. jedoch im Folgenden in seiner E-Mail schreibt, legt den Verdacht nahe, dass er sich als Teil einer Gruppe sieht, die linksdenkende Kameraden mehr als verachtet: „Sie werden beobachtet, nein nicht von Impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ In einem Postskriptum schließ er seine Tiraden mit dem Satz: „Es lebe das heilige Deutschland.“

Rose ist geschockt. „Ich fühlte mich sofort an die Hasspropaganda der NSDAP des Hauptmanns. Das Truppengericht ist jedenfalls nicht eingeschaltet worden.

Rose ist das entschieden zu wenig. Er wendet sich an das Büro des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe – schließlich hat dieser erst in seinem Jahresbericht 2006 erklärt, „die Entwicklung der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Vorfälle in der Bundeswehr“ mit besonderer Sensibilität zu beobachten.

Und in der Tat nimmt sein Büro die Angelegenheit „sehr ernst“. Man versichert, das Verteidigungsministerium einzuschalten. Nach Monaten kommt Rose Bescheid: Auch der Wehrbeauftragte Robbe halte die Formulierungen des K. für „unerträglich“ und die disziplinarische Würdigung des Falls für „völlig unzureichend“. Aber leider sei alles „form- und fristgerecht bearbeitet“ worden. Man werde den Minister gleich bitten, die Disziplinarstrafe durch eine höhere Dienststelle überprüfen zu lassen. Doch geschehen ist seither nichts. Im Ministerium ist man zu einer Stellungnahme nicht bereit.

Fraglos kommt der Vorgang zur Unzeit hoch. Der Ruf des KSK ist arg ramponiert. Seine Einsätze in Afghanistan beschäftigten einen Untersuchungsausschuss; es gab Hinweise auf Alkoholexzesse. Und der ehemalige Kommandeur Reinhard Günzel wurde gefeuert, weil er einer antisemitisch gefärbten Rede des CDU-Politikers Martin Hohmann applaudiert hatte.

Günzels Gesinnung, so Oberstleutnant Rose, wirke in Calw offenbar nach. Die Ursache für den Hass, der Daniel K. aus der Deckung getrieben hat, genauso wie für dessen laxe Ahndung, vermutet Rose im besonderen Korpsgeist, der sich in abgeschotteten Eliteeinheiten wie dem KSK herausbildet. Das Interesse, diesen Geist auch nur zu stören, ist in Bundeswehrkreisen offenbar gering.

ULRIKE DEMMER

24 DER SPIEGEL 13/2008

Wer sich damals zu Demokratie und Pazifismus bekannte und das Militär kritisierte, wer gar aus den Reihen der ewigen Krieger ausscherte und beispielsweise etwas über die geheimen und illegalen Rüstungen ausplauderte, konnte seines Lebens nicht mehr sicher sein. Die damalige Hass-Parole lautete: „Verräter verfallen der Feme!“ Mehr als 300 Menschen, die den rechtsradikalen Freikorpskämpfern als „innere Feinde“ galten, wurden in den Jahren 1919 bis 1923 ermordet.

Es waren junge Offiziere der kaiserlichen Kriegsmarine, die am 15. Januar 1919 die beiden charismatischen Spitzenpolitiker der radikalen Linken, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in Berlin umbrachten. An dem Offizierskomplott unter der Leitung von Hauptmann im Generalstab Waldemar Pabst beteiligten sich der Leutnant zur See Hermann W. Souchon – ein Neffe des Kieler Gouverneurs, Admirals Souchon –, Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, Hauptmann Heinz von Pflugk-Harttung, Oberleutnant a.D. Kurt Vogel; weiterhin Leutnant zur See Bruno Schulze, Leutnant zur See Heinrich Stiege, Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen, Hauptmann Rühle von Linienstern. Verwickelt war auch Kapitänleutnant Wilhelm Canaris. Diese Offiziere gehörten der Marinebrigade Ehrhardt an, die der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD) unter dem Generalleutnant Heinrich von Hoffmann unterstellt war. Die Offiziere mordeten und die Richter deckten sie.

Der Erste Generalstabsoffizier der Berliner Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Hauptmann Waldemar Pabst, war es, der den Befehl zur Ermordung von

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erteilte: „Ich habe die beiden richten lassen“, rühmte sich der „kleine Napoleon“ später. Pabst, ein umtriebiger und skrupelloser rechtsradikaler Militär, war in den kommenden Jahren überall zu finden, wo ein Militärputsch gegen die Republik vorbereitet oder durchgeführt wurde. Im Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 spielte er ebenso eine wichtige Rolle wie der General Walther Freiherr v. Lüttwitz, Oberst Max Bauer und Kapitän Hermann Ehrhardt, während sich Ludendorff eher abwartend im Hintergrund hielt.

Ein Offizier namens Arco Graf Valley ermordete im Januar 1918 in München den jüdischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) auf offener Straße. Reichswehrsoldaten schossen im Mai 1919 in einer als „Nachkrieg“ empfundenen Gewaltaktion die Münchener Räterepublik zusammen und ermordetem dabei 161 Menschen. Es war das Reichswehrmilieu, in dem der Weltkriegsgefreite Adolf Hitler im Jahre 1919 als Redner über „jüdischen Bolschewismus“ seine politische Karriere begann.

Anfang 1920 wurde Reichsfinanzminister Matthias Erzberger durch einen Anschlag, den der zwanzigjährige Fähnrich Oltwig von Hirschfeld auf ihn verübte, erheblich verletzt worden. Wenige Monate später, im Mai 1920, warf ein Attentäter während einer Wahlveranstaltung in der württembergischen Stadt Esslingen eine Handgranate auf den prominenten Zentrumspolitiker. Den dritten Anschlag, der am 26. August 1921 erfolgte, überlebte Erzberger nicht. Zwei Attentäter ermordeten ihn durch eine Reihe von Revolverschüssen während eines Spazierganges, den er am Kniebis im Schwarzwald in Begleitung des Zentrumsabgeordneten Karl Diez unternahm.

Bei den Mördern handelte es sich um zwei ehemalige Offiziere, nämlich den früheren Kapitänleutnant Heinrich Tillessen (geb. 1884) und seinen Kameraden Heinrich Schulz (geb. 1893). Beide kamen aus der Marinebrigade Ehrhardt. Den Befehl zur Ausführung der Mordtat erhielten sie von einem anderen Marineoffizier, nämlich dem früheren Kapitänleutnant Manfred von Killinger, der in besagter Marinebrigade Chef der „Sturmkompanie Killinger“ gewesen war.

Erzberger musste sterben, weil er die Friedensresolution von 1917 unterstützt und dann im November 1918 im Auftrage der Reichsregierung den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet hatte. Ebenso lasteten die Rechtsradikalen ihm an, dass er für die Annahme des Versailler Friedensvertrages und für einen Ausgleich mit den Siegermächten eingetreten war. Der antisemitische Marineoffizier und führende „Organisation Consul“-Mann Manfred von Killinger (1886-1944) hatte den Erzberger-Mord befohlen. Vom rechtsradikalen Freikorpskämpfer ging sein Weg in die NSDAP und in die SA und von dort aus in die oberen Etagen der NS-Politik.

Der sozialdemokratische Arbeiterführer Philipp Scheidemann, der im Jahre 1919 als erster Reichsministerpräsident der Republik amtiert hatte, stand ebenfalls auf der Abschussliste der rechtsradikalen Militärs, da er mehrfach antirepublikanische und antisemitische Tendenzen in den Kasernen angeprangert hatte. Scheidemann sollte am 4. Juni 1922 in Kassel durch ein Blausäureattentat ermordet werden. Durch glückliche Umstände kam er mit dem Leben davon. Dieser politische Terroranschlag gegen einen führenden Politiker der Weimarer Republik wurde ausgeführt von zwei ehemaligen Weltkriegssoldaten, Hans Hustert (geb. 1900) und Karl Oehlschläger (geb. 1893). Die beiden völkischen Nationalisten lernten sich 1919 beim Oberschlesischen Selbstschutz kennen. Seit 1920 gehörten sie der „Sturmkompagnie Killinger“ an, die ein Teil der Marinebrigade Ehrhardt war. Dann gingen sie in die geheime „Organisation Consul“, von der auch der Befehl ausging, Scheidemann zu ermorden.

Walther Rathenau, wie Erzberger ein Spitzenpolitiker der Weimarer Republik, sollte das nächste prominente Opfer der Desperados werden. Rathenau, ein jüdischer Großbürger, Schriftsteller und Industrieller, der während des Krieges als Leiter des Kriegsrohstoffamtes fungiert hatte, wurde nach dem Kriege wegen seiner Politik der Verständigung und des Ausgleichs mit den alliierten Siegermächten des Weltkrieges als „Erfüllungspolitiker“ diffamiert und zum Feindbild der „Potsdam-Deutschen“. Im Jahre 1921 berichtete Rathenau einem englischen Offizier, wie gefährlich er lebe: „In einigen Teilen meines Landes marschieren Kompanien von Männern im Rhythmus der Worte: ‚Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!‘“ Tatsächlich wurde diese Mordparole seit April 1921 in oberschlesischen Freikorps gesungen. Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau durch preußische Militärs, spätere Freikorps-Offiziere, ermordet. Sie benutzten eine Maschinenpistole aus Heeresbeständen und eine Eierhandgranate. Die Mörder waren die ehemaligen Seeoffiziere Erwin Kern (geb. 1898), Sohn eines Verwaltungsdirektors aus Breslau, erst 1921 aus der Marine entlassen, und Hermann Fischer (geb. 1896), Sohn eines Professors und Kunstmalers aus Dresden, also beide, wie die anderen rechtsradikalen Terroristen aus der ehemaligen Marinebrigade Ehrhardt auch, aus gutbürgerlichen Familien stammend.

Die Erinnerung an die rechtradikale Vorstellungswelt der 20er Jahre – der „Feind im Innern“ und die mörderischen Konsequenzen – kommt unweigerlich hoch, wenn man in dem Brief des KSK-Hauptmanns K. an Oberstleutnant Rose den drohenden Satz liest: „Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Um so mehr überrascht es, dass die militärischen Vorgesetzten den Fall niedrig hängten und den durchgeknallten Freikorps-Adepten mit einer geringfügigen Disziplinarmaßnahme mehr deckten als bestraften.

Folgten sie damit der Vorgabe des Heeresinspekteurs General Hans-Otto Budde, der schon seit Jahren den „archaischen Kämpfer“ fordert? Man erinnert sich auch an den Brigadegeneral Reinhard Günzel, der als Kommandeur des KSK abgelöst wurde, weil er antisemitische Äußerungen des später aus der CDU ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann bejubelt hatte. Haben er und seinesgleichen diese „Offiziere einer neuen Generation“ herangezogen, die einen rechtsradikalen Gesinnungsmilitarismus wiederbeleben möchten? Die unter dem Mantel der „Neuen Normalität“ und der „gewachsenen internationalen Verantwortung“ legitimierte Politik der weltweiten Bundeswehreinsätze hat, wie man sieht, einen hohen Preis. Großes Unbehagen muss die Vorstellung hervorrufen, Offiziere wie dieser KSK-Hauptmann könnten bei einem Einsatz der Bundeswehr im Innern beteiligt sein. Er sähe sich ja unzähligen „inneren Feinden“ gegenüber, die eine andere Politik wünschen.

Wolfram Wette ist DFG-VK-Mitglied und Geschichts-Professor an der Universität in Freiburg im Breisgau.

ZC

Foto: Sabine Philipp

Tobias Pflüger
Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

Nato-Weichenstellungen

■ 5 Staaten werden nächstes Jahr oder später in die Nato aufgenommen: Die drei Balkanstaaten Kroatien, Albanien und Mazedonien, sobald der Namensstreit mit Griechenland geklärt ist. Darüber hinaus hat der Nato-Gipfel beschlossen, die Ukraine und Georgien aufzunehmen, aber noch ohne konkrete Terminierung; ein typischer Kompromiss: US-Präsident Bush wollte die beiden Länder, die früher zur Sowjetunion gehörten, schon nächstes Jahr aufnehmen, Deutschland und Frankreich wollten – auch aufgrund der berechtigten russischen Kritik – keine Aufnahme.

■ Frankreich will unter Präsident Sarkozy vollständig zurück in die Nato-Strukturen. Das erste Geschenk dafür sind 700 französische Soldaten mehr nach Afghanistan. In Afghanistan wird die Nato den Krieg gegen Aufständische weiter verschärft fortsetzen, dazu wurde extra ein Strategiepapier für die Nato-Kriegstruppe Isaf beschlossen. Interessant dort: Es soll nun auch verstärkt zivile Aufstandbekämpfung betrieben werden und die Zusammenarbeit mit der EU, z.B. auch durch Nutzung von EU-Strukturen weiter verstärkt werden. Deutschland ist mittendrin und immer mehr Teil der offensiven Kriegsstrategie in Afghanistan (im Norden, Westen, durch die „Tornados“ und die „Quick Reaction Force“ und auch immer häufiger im Süden).

■ Die Nato hat in Bukarest einstimmig, also mit der Unterstützung der deutschen Bundesregierung, beschlossen, Planungen für ein Raketensystem in Auftrag zu geben, das zusätzlich zum US-Raketensystem in Osteuropa aufgestellt werden soll. Es heißt in der Abschlusserklärung: „Wir beauftragen den Ständigen Nato-Rat, Optionen für eine umfassende Raketenabwehrarchitektur auszuarbeiten, um das gesamte Territorium und die Bevölkerung der Allianz, die nicht vom US-Schild erfasst werden, abzudecken. Sie sollen auf unserem Gipfel im Jahr 2009 überprüft werden, um jede künftige politische Entscheidung zu fundieren.“ Dies ist auch ein positives Votum zum US-Raketensystem. Da die Raketensysteme die Hauptaufgabe haben, die Zweitschlagsfähigkeit zu verhindern, ist das als offener Angriff gegen Russland zu verstehen.

■ Nach unseren Informationen, die durch die Zeitung „Le Canard enchainé“ bestätigt wurden, wurde in Bukarest auch über die mögliche neue Nato-Strategie gesprochen. Das entscheidende Papier unter dem Titel „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ dazu haben fünf Nato-Generäle geschrieben, darunter auch der deutsche Klaus Naumann. Darin wird z.B. der Ersteinsatz von Atomwaffen gegen vielleicht vorhandene oder behauptete feindliche Atomwaffen (Stichwort: Iran) und andere Massenvernichtungswaffen vorgeschlagen.

■ Die Nato will im Frühjahr 2009 in Straßburg und Kehl ihr 60-jähriges Bestehen feiern. Das ist auch eine Einladung an uns, die Friedens- und Antikriegsbewegung. Die Nato steht für militärische Durchsetzung westlicher Interessen und wird immer mehr ein Kriegsführungsbündnis. Wir sollten eine Kampagne gegen die Nato starten – zu ihrer Delegitimierung; sie ist überflüssig, sie muss aufgelöst werden. Höhepunkt der Kampagne könnten dann internationale Proteste gegen den Jubiläumsgipfel sein.

„Vor der eigenen Türe kehren“

Bundesweite Aktionen Ende August am Atomwaffenlager Büchel/Von Roland Blach

Der Aktionsschwerpunkt der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ in diesem Jahr wirft seine großen Schatten voraus. Vom 23. August bis 1. September wird ein großes Aktionscamp am einzigen Atomwaffenlager Deutschlands in Büchel/Eifel organisiert.

Unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ wird dabei die siebte Umrundung des Atomwaffenlagers am 30. August stattfinden. Hunderte von AktivistInnen werden den Besen schwingen und die dort gelagerten Atomwaffen symbolisch in die Tonne kehren. Parallel dazu werden die Radsportler um die Pacemakers einen Rundkurs von 29 Kilometer um Büchel sieben Mal befahren. Mit der Zusage der Pop-Ikone Nina Hagen, an den Aktionen teilzunehmen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass an diesem Tag die größte Anti-Atomwaffen-Aktion in Deutschland seit Ende des Kalten Kriegs stattfinden wird.

Im Vorfeld dieses Aktionstages finden täglich Umrundungen und Friedensfrühstücke einzelner Gruppen am Haupttor statt. Im Anschluss an die siebte Umrundung sind gewaltfreie Aktionen Zivilen Ungehorsams geplant, die im Aktionscamp durch Trainings vorbereitet werden. Die Aktionen sind der Schwerpunkt der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Deutschland bis spätestens 2010.

Unterstützung erfährt die Kampagne zunehmend aus dem Bundestag. Nach einem Beschluss beim Bundesparteitag der Bündnis 90/Die Grünen Ende November schrieb der Kampagnenrat alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages an.

Von 90 Antwortbriefen kamen 77 Unterstützungszusagen aus fast allen Fraktionen. Einzig die CDU verweigert bislang eine Unterstützung und besteht noch darauf, dass die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland notwendig sei: „Einseitige Aufkündigungen von Vereinbarungen sind in einer auf Konsens und Solidarität angelegten Nato nicht möglich. Veränderungen der Politik bedürfen eines langwierigen Konsultations- und Abstimmungsprozesses und letztlich einer einvernehmlichen Regelung im Nato-Rat. Der jetzt erreichte Zustand ist das Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen, was ein Blick auf die Historie zeigt.“ Gleichzeitig weisen die oft gleichlautenden Antworten aber

foto: Bündnis 90/Die Grünen

„Die Lagerung von US-Atomwaffen in Deutschland führt jeden Versuch von deutscher Seite ad absurdum, die Nichtverbreitung weltweit durchzusetzen. Um glaubwürdig zu sein, muss die Bundesregierung ihre nukleare Teilhabe sofort aufgeben, alle Atomwaffen in ihre Heimatländer zurückführen und die Bereitstellung von Bundeswehr-Kampfflugzeugen für den Einsatz von Nuklearwaffen beenden. Auch vor dem Hintergrund der Krise um das iranische Atomprogramm und der Gefahr der Weiterverbreitung wäre der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und Europa ein wichtiges politisches Signal.“

Antwort von Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, auf den Brief der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ mit der Bitte um Unterstützung

auch schon einen Weg auf: „Nach Ende des Kalten Krieges wurde das Gros der Atomwaffen abgezogen, und die Zahl der in Europa gelagerten US-Nuklearwaffen sank bis 1992 auf ca. 700. Ende 2000 autorisierte US-Präsident Clinton noch die Stationierung von 480 Nuklearwaffen in Europa, 170 davon in Deutschland. Mit dem Abzug der in Ramstein gelagerten Waffen reduziert sich der Bestand auf dem Flugplatz Büchel. Wir sind zuversichtlich, auch zu Büchel alsbald eine Lösung im Nato-Rahmen zu finden."

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass wir für Büchel eine schnelle Lösung herbeiführen: den Abzug der dortigen Atomwaffen und die Beendigung der nuklearen Teilhabe. Wir haben es in der Hand und die große Chance, eine neue Dynamik zur weltweiten Abrüstung von Atomwaffen in Gang zu setzen. Lasst uns den Druck auf die Politik zunehmend erhöhen und mit großem Engagement nach Büchel mobilisieren.

Künstlerinnen für ein atomwaffenfreies Deutschland: Zur Mobilisierung auf die Aktionen Ende August in Büchel und dabei insbesondere zur Organisation von Bussen für die Großaktion am 30. August wurde eine Ausschreibung für KünstlerInnen initiiert. Der Kampagnenrat nimmt deutschlandweit Kontakt zu KünstlerInnen auf, eine Arbeit zur Unterstützung der Kampagne zu schaffen. Helft auch ihr mit durch Kontaktaufnahme zu befreundeten oder bekannten KünstlerInnen.

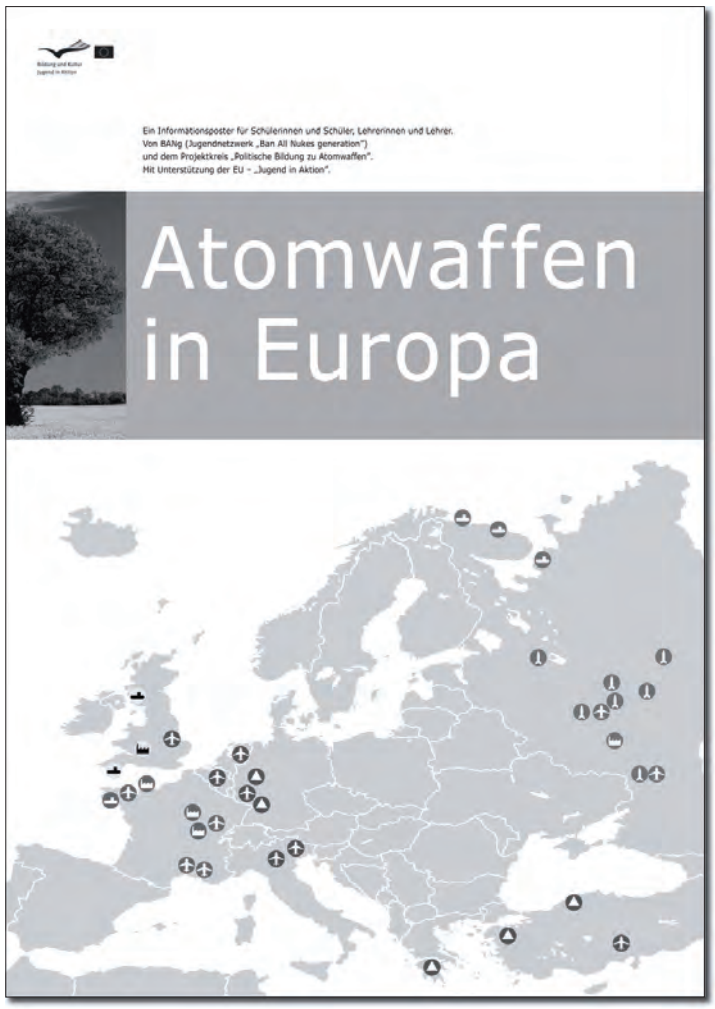
Werkthema: „Vor der eigenen Türe kehren"

- Es können Arbeiten aller Techniken der Bildenden Kunst entwickelt werden: Malerei, Grafik, Fotografie, Drucke, Bildhauerei und andere.
- Eine digitale Reproduktion der Arbeit soll eingereicht werden.
- Diese werden verwendet, um ein Plakat für die Sommeraktion in Büchel zu gestalten und um sie auf den Abrüstungsurkunden zu vervielfältigen.
- Termin der Einreichung ist der 15. Mai.

Auf diese Weise sollen je 100 Abrüstungspaten für jede der 20 Atombomben gefunden werden. Die Abrüstungspaten sollen eine künstlerisch gestaltete Urkunde erhalten, mit deren Erwerb sie zur Finanzierung der Aktionen im Rahmen der Kampagne beitragen. Die Abrüs- tungsurkunde ist darüber hinaus für die Käufer eine Busfahrkarte zu den Aktionen in Büchel.

Was Du tun kannst:

- Nimm Dir den 30. August frei und an der größten Anti-Atomwaffen-Aktion in Deutschland seit 1990 teil.
- Sprich in deiner Region Friedensbewegte an, organisiere einen Bus für die Großaktion am 30. August oder nimm Kontakt auf zu lokalen Organisatoren, die bereits eine Busreise planen (z.B. Stuttgart, Mutlangen, Darmstadt, München, Ruhrgebiet, Freiburg, Tübingen, Bretten, Köln/Bonn, Hannover/Berlin).
- Bestelle die Mobilisierungsflyer der Kampagne *(www.atomwaffenfrei.de/die_kampagne/materialien/index.html).*
- Bestelle unsere Faltblätter „Atomwaffen ver- schrotten".
- Informiere Dich ausführlich über die verschiedenen geplanten Aktivitäten im Aktionscamp.
- Sprich Künstler an, die eine Werkarbeit für eine atomwaffenfreies Deutschland anfertigen.
- Sprich Radsportler an, die Zeit und Interesse haben, am 30. August den 203 Kilometer langen Rundkurs um Büchel mitzufahren.
- Bestelle das Bildungsposter „Atomwaffen in Europa" *www.atomwaffenlernen.info*



Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.

Kontakt und weitere Informationen: Telefon 0711-2155112, eMail bawue@dfg-vk.de, Internet www.atomwaffenfrei.de, www.dfg-vk.de, www.schritte-zur-abruestung.de

Zeitschema

23. August bis 1. September: Aktionscamp mit Trainings in gewaltfreier Aktionen, Workshops und Umrundungen des Atomwaffenlagers von einzelnen Gruppen und Initiativen; 2 Kilometer entfernt vom Haupttor Büchel, Nähe B 259 Richtung BAB Trier-Koblenz

30. August: Bundeswehrfliegerhorst und Atomwaffenlager Büchel (zwischen Cochem/Mosel und Nürburgring)

ca. 7.00 Uhr: Start Pacemakers-Rundkurs (7 Runden à 29 Kilometer)

ca. 9.20 Uhr: Friedenstafel Haupttor

10.00 Uhr: Start der 7. Umrundung (16 Kilometer), Haupttor

12.30 bis 13.30 Uhr: Verpflegung und Aktionen Lutzerather Tor (ca. Kilometer 10), Ankunft Busse, Beginn Umrundung Busteilnehmer

15.00 bis 17.00 Uhr: Abschlusskundgebung u.a. mit Nina Hagen und very special guests, Besen-Aktionen Haupttor

Gewaltfreie Aktionen Zivilen Ungehorsams frühestens nach Ende der 7. Umrundung

ZC

Martin Luther King

Vor 40 Jahren ermordet, heute Vorbild für Gewaltfreiheit/Von Michael Schmid

Vor 40 Jahren, am 4. April 1968, ist Martin Luther King ermordet worden. Damit wurde jäh eine Ära beendet, die Mitte der 1950er Jahre im Süden der USA begonnen hatte. Damals wurde der schwarze Pfarrer zum Wortführer und Symbol einer Bürgerrechtsbewegung, die mit Mitteln des gewaltfreien Widerstands gegen die Rassentrennung kämpfte.

King hatte 1954 seine erste Pfarrstelle in Montgomery angetreten. Auch in der Hauptstadt Alabamas war damals Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen eine allseits akzeptierte Tatsache. Ob in Bussen, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Kinos, Restaurants, Bars, Museen – überall waren Weiße und Schwarze ganz legal voneinander getrennt.

Am 1. Dezember 1955 hatte sich Rosa Parks geweigert, ihren Sitzplatz im Bus für einen Weißen zu räumen. Sie wurde verhaftet und am 5. Dezember vor Gericht gestellt. Schwarze Bürgerinnen und Bürger der Stadt riefen zu einem Busboykott in Montgomery für diesen Tag auf.

Gleich zu Beginn wurde ein Bürgerausschuss zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Rassen ins Leben gerufen, der den jungen Martin Luther King zu seinem Vorsitzenden wählte. Von nun an gab er Ton und Tempo der Bewegung an. Dabei wurde er persönlich auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Denn innerhalb weniger Monate war er vom unbekannten Pfarrer zum anerkannten Führer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung aufgestiegen, angefeindet, verleumdet, terrorisiert, mit Morddrohungen überzogen. Doch sein gewaltfreier Einsatz setzte die Rassisten ins Unrecht und gab schwarzen Menschen eine neue, bis dahin nicht gekannte Identität.

Bewähren musste sich auch seine gewaltfreie Methode, die er bei Gandhi studiert hatte und nun in der Praxis umsetzte und weiterentwickelte. Den Geist für sein gewaltfreies Handeln empfing der schwarze Pfarrer dabei aus dem Evangelium.

Der Boykott der Busse in Montgomery dauerte 381 lange Tage. Er wurde erst beendet, als das Oberste Bundesgericht die Rassentrennung in Bussen für verfassungswidrig erklärte.

Mit dem Busboykott in Montgomery war die Bürgerrechtsbewegung geboren. King und seine Mitstreiter gründeten die SCLC (Southern Christian Leadership Conference), der in dieser neuen Bewegung eine Führungsrolle zukam. Der erfolgreiche Busboykott löste eine Art Kettenreaktion ähnlicher Aktionen aus. Mit vielfältigen Mitteln des gewaltlosen Widerstands wurde landesweit auf das Unrecht der Rassentrennung aufmerksam gemacht – Märsche, Boykotts, Go-Ins.

Der „Marsch auf Washington“ im Hochsommer des Jahres 1963 war ein Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung. Am 22. August 1963 haben rund 250.000 Menschen neun Stunden lang den verschiedenen Reden gelauscht. Und als Martin Luther King seine berühmt gewordene Rede „I have a dream“ gehalten hatte, in welcher er seine Vision einer Gesellschaft ohne Rassenschranken ausbreitete, war die Begeisterung kaum mehr zu halten. Es war Entschlossenheit zu spüren und die Hoffnung, in einem Amerika mit einem Präsidenten John F. Kennedy etwas verändern zu können. 1964 wurde Martin Luther King als jüngster Friedensnobelpreisträger ausgezeichnet.

Im März 1965 hatten die USA mit der Bombardierung Nordvietnams offen in den Vietnamkrieg interveniert. Am 8. März 1965 landeten die ersten regulären US-Kampftruppen im Land. Präsident Lyndon B. Johnson wollte unbedingt verhindern, dass „Vietnam den gleichen Weg nimmt wie China“. Im Frühjahr 1966 hatten die US-Streitkräfte damit begonnen, mit einem Flächenbombardement systematisch die alte bäuerliche Dorfstruktur in Südvietnam zu zerstören. Es „regnete“ Napalm vom Himmel, das hilflose Bauern umbrachte und ebenso Kinder und Jugendliche. Über 1,3 Millionen Menschen wurden getötet und unzählige verstümmelt.

Die Proteste gegen den Vietnam-Krieg wurden nun immer heftiger. Auch Kings kritische Äußerungen zum Vietnamkrieg reichen bis in das Jahr 1965 zurück. Doch zunächst nahm er an öffentlichen Aktionen der amerikanischen Friedensbewegung nicht teil.

Offensichtlich wollte er vermeiden, dass sich die Zahl der politischen Gegner der Bürgerrechtsbewegung vergrößerte. Freunde redeten ihm zu, Schwarze aus der Außenpolitik der USA heraus zu lassen. Doch der barbarische Krieg ließ King keine Ruhe mehr, so dass er im Frühjahr 1967 die Bürgerrechtsbewegung und die Friedensbewegung nicht mehr als zwei getrennte Anliegen ansehen wollte. Daraufhin nahmen die Spendeneingänge in die Kassen von Kings Organisation SCLC drastisch ab. In den Medien wurde ihm Vaterlandsverrat vorgeworfen. Viele alten Weggefährten verließen ihn, einer nach dem anderen, weiße Liberale, Kirchenleute, sogar Freunde aus den Reihen der „Christlichen Führungskonferenz“.

Doch King ging seinen Weg konsequent weiter. „Gewaltfreiheit zu lehren wäre doch schizophren für mich, wenn ich gleichzeitig den Gewaltverbrechen zustimmen wollte, die Abertausende von Menschen, Erwachsene und Kinder, verstümmeln. Ich halte es noch immer mit dem Prinzip: Du sollst nicht töten.“

Am 4. April 1967, also auf den Tag genau ein Jahr vor seiner Ermordung, hielt King vor einer dicht gedrängten Menge in der New Yorker Riverside Church eine erste öffentliche Rede gegen den Vietnam-Krieg. In seinem glühenden Plädoyer gegen den Krieg sagte er unter anderem: „Es kann eine Zeit kommen, in der Schweigen Verrat bedeutet. Diese Zeit ist für uns mit der Vietnamfrage gekommen. Immer wieder werden wir mit der grausamen Ironie konfrontiert, Schwarze und Weiße beobachten zu müssen, wie sie gemeinsam töten und sterben für eine Nation, die es nicht fertig gebracht hat, sie in den gleichen Schulen nebeneinander sitzen zu lassen. Wir sehen, wie sie miteinander in brutaler Solidarität die Hütten eines armen Dorfes niederbrennen, aber es ist uns klar, dass sie niemals im gleichen Häuserblock in Detroit wohnen würden. Angesichts solch grausamer Ausnutzung der Armen konnte ich nicht schweigen.

Und ich wusste, dass ich niemals wieder meine Stimme gegen Gewalttaten der Unterdrückten in den schwarzen Ghettos erheben könnte, bevor ich nicht eindeutig den größten Gewaltausüber in der heutigen Welt angeredet habe, und das ist meine eigene Regierung."

Nachdem King seine taktisch bedingte Zurückhaltung abgelegt hatte, war er nun zum schärfsten Kritiker der Vietnampolitik seines Landes geworden. Gleichzeitig wurde er, der zu dieser Zeit längst eine moralische Autorität ersten Ranges in den USA war, zur zentralen Symbolfigur einer starken Koalition der anwachsenden Friedens- und der Bürgerrechtsbewegungen, die als Basis für eine „neue Politik" fungieren sollte.

King rief zur Kriegsdienstverweigerung und zum zivilen Ungehorsam gegen Bundesgesetze auf. Er thematisierte fortan ständig den Zusammenhang von Rassismus, Armut und Krieg. Seine Erfahrungen fasste er so zusammen: „Jahrelang war ich mit der Idee zugange, die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen zu reformieren, ein bisschen Änderung hier, eine kleine Veränderung da. Jetzt sehe ich das radikal anders. Heute bin ich mir im Klaren, dass wir einen Umbau der gesamten Gesellschaft brauchen, eine Revolution unserer Zielvorstellungen."

In den Machtzentren Amerikas rief Kings Engagement große Sorgen hervor. Als er seine Antikriegskampagne startete, stellte er eine Bedrohung für die wirtschaftlichen Kräfte in Amerika dar. Die durch den Vietnamkrieg reichlich fließenden Gewinne drohten zu versiegen, sollte das amerikanische Volk ein Ende des Krieges verlangen und dieser beendet werden. King hatte nun also nicht nur die Feindseligkeiten der Rassisten auf sich gezogen. Sein unerschrockenes Engagement gegen den Vietnamkrieg machte den einst als „Apostel der Gewaltfreiheit" hofierten Friedensnobelpreisträger in seinen letzten Lebensjahren auch bei den politisch Mächtigen zur „unerwünschten Person". Als er dann noch Kampagnen gegen die Armut startete, war das Maß vieler Interessengruppen vollends überschritten.

Obwohl sich King über Washingtons Reaktion klar war, verstärkte er also seinen Widerstand gegen den Krieg. Und er fügte dem noch seine Pläne für massiven zivilen Ungehorsam im Rahmen der „Kampagne der Armen" hinzu. Seine Strategie war, im Frühjahr 1968 die Hauptstadt der Nation so lange stillzulegen, bis die Regierung einverstanden sein würde, die Armut in den USA abzuschaffen.

Am Abend des 4. April 1968 wurde Martin Luther King auf dem Balkon seines Zimmers im „Lorraine"-Motel in Memphis/Tennessee durch einen gezielten Kopfschuss ermordet. Um die Täterschaft ist seither ein Streit entbrannt. Ein Geschworenengericht stellte im Jahr 1999 fest, dass Martin Luther King einem Mordkomplott zum Opfer fiel, bei dem die amerikanische Regierung, das Militär sowie FBI und CIA die Strippen zogen.

Gibt es etwas, was Martin Luther King für uns heute 40 Jahre nach seiner Ermordung noch interessant machen könnte? Ja, indem wir King würdigen, ohne die große Herausforderung zu verharmlosen, die sein Leben darstellt.

Von King gäbe es angesichts von Gewalt in vielen zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Bereichen, mörderischen Kriege, drohender atomarer Massenvernichtung, weltweit bestehender und innergesellschaftlich wachsender Armut viel zu lernen.

Von fortwährender Dauer ist die Erkenntnis über den Zusammenhang von Zweck und Mittel, den King so beschrieb: „Wir werden niemals Frieden in der Welt haben, bevor die Menschen überall anerkennen, dass man gute Zwecke nicht durch böse Mittel erreichen (kann), weil die Mittel den Samen und der Zweck den Baum darstellen." Frieden lässt sich nicht durch kriegerische Mittel erreichen.

Mit seiner Gewaltfreiheit ging es King darum, sich sehr aktiv gegen Unrecht zu wehren. Aber dieser Widerstand sollte ohne Gewalt sein. Deshalb wurden „mit aggressiver Gewaltfreiheit" (King) vielfältige Aktionen durchgeführt.

Es geht heute mindestens so sehr wie zu damals um eine progressive Veränderung der wirtschaftlichen Machtstrukturen. „Wahres Mitgefühl bedeutet mehr, als einem Bettler eine Münze zuwerfen. Es bedeutet, jene Form, die Bettler erzeugt, muss umstrukturiert werden", sagte King. „Eine echte Revolution der Werte wird den schreienden Gegensatz von Armut und Reichtum sehr bald mit großer Unruhe betrachten. Sie wird nach Übersee blicken und mit gerechter Empörung darauf hinweisen, dass einzelne Kapitalisten des Westens riesige Geldbeträge in Asien, Afrika und Lateinamerika investieren, nur um zu verdienen und ohne Interesse an sozialen Fortschritten in jenen Ländern".

Von King lernen heißt, selber Verantwortung zu übernehmen. Würde er heute noch leben, würde er uns

dazu drängen, aufzustehen und unsere Stimmen zu erheben, uns zu organisieren gegen Unrecht, Krieg und Armut. Wir können ihn zu einem ermutigenden Vorbild nehmen, wie sich durch schöpferische Unangepasstheit und Zivilcourage etwas verändern lässt in unserer heutigen Zeit. Selber aktiv zu sein ist sicherlich die beste Art, die Sache jenes Mannes weiterzuführen, der vor 40 Jahren ermordet wurde.

Michael Schmid, Mitglied der DFG-VK seit 1978, ist Initiator und Geschäftsführer des Vereins „Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.". Eine umfangreiche Sammlung mit Reden von King und Artikeln zu King findet sich auf der Lebenshaus-Website unter www.lebenshaus-alb.de. ZC

Democracy, Disarmament, Development

Abrüstung und Entwicklung: Die Perspektive der Zivilgesellschaft/Von Jean-Pierre Dardaud

Zivilgesellschaft ist ein recht weit gefasstes Konzept. Ich schlage vor, dass wir die Perspektive der Armen in den Mittelpunkt stellen. Vor einigen Monaten hatte ich die Gelegenheit, ein Dorf zu besuchen, das 40 Kilometer von Bangalore entfernt in Südindien liegt. Dort konnte ich mit den Dorfbewohnern über die „Brot und Butter-Fragen" diskutieren, eine Art informellen Graswurzelseminars voll gepackt mit wichtigen Informationen darüber, was Sicherheit für Arme bedeutet. Die Dorfbewohner sind alle Feldarbeiter ohne Landbesitz mit einer Dalit-Herkunft (untere Kasten). In der Landwirtschaft finden sie im Jahr für drei bis vier Monate Beschäftigung; für den Ackerbau sind sie wegen fehlender Bewässerungsanlagen völlig von Regenfällen abhängig. Obwohl das Gesetz über den Mindestlohn eine Lohnzahlung von minimal 50 Rupien pro Tag vorschreibt, erhalten männliche Feldarbeiter 30 Rupien täglich und weibliche nur 20 Rupien. Für den Rest des Jahres verdienen sie sich einen kargen Lebensunterhalt, indem sie in den benachbarten Wäldern Fasern sammeln und daraus Körbe herstellen, die sie auf den lokalen Märkten verkaufen. Die Arbeit ist riskant, denn oft werden sie von örtlichen Rabauken gejagt und bedroht, die für Unternehmer arbeiten, die den Wald kommerziell ausbeuten. Falsche Anschuldigungen, dass sie wertvolles Holz stehlen, werden gegen die armen Kerle vorgebracht. Einige wurden verprügelt, andere wurden inhaftiert und mussten korrupte Polizisten bezahlen, um freigelassen zu werden. Alle werden regelmäßig dafür beschimpft, vermeintlich schmutzige „Unberührbare" zu sein.

Ich verließ dieses Treffen mit dem Gefühl, dass wir an den Gedanken gewöhnt sind, Armut müsse verringert werden, um die Gefahr von Gewalt zu minimieren, die mit sozialer Ungerechtigkeit einhergeht. Aber wir betonen nicht gerade häufig, dass Armut selbst eine massive Form von Gewalt ist, die beseitigt werden muss, um für Millionen Menschen in aller Welt elementare Sicherheit zu gewährleisten.

Denn die Lage dieser Dorfbewohner ist keine Ausnahme. Die meisten Menschen in Indien, ob auf dem Land oder in der Stadt, sind mit derselben Art brutaler sozialer Unsicherheit konfrontiert. Im Weltmaßstab betrachtet macht die Perspektive der Armen sehr deutlich, dass Unsicherheit für viele Menschen nicht allein eine nationale Angelegenheit ist, die die internationalen Beziehungen betrifft, sondern auch und zu einem großen Teil vorrangig eine soziale Frage, die sich auf ihre eigenen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebensumstände bezieht.

Da die Armen und die Menschen mit einem geringen Einkommen die Mehrheit aller menschlichen Lebewesen repräsentieren und der Wunsch nach weniger Rüstung und mehr Rechten überall auf dem Globus von vielen geteilt wird, könnte man gemessen an demokratischen Maßstäben erwarten, dass die Ausgaben für nationale Sicherheit und die Investitionen für eine soziale Entwicklung fairer verteilt wären. Aus diesem Grund meine ich, dass es wichtig ist, ein weiteres D für Demokratie (Democracy) hinzuzufügen, um das D für Abrüstung (Disarmament) und das D für Entwicklung (Development) in der richtigen Weise zusammenzuführen.

Es gibt eine Reihe anderer Gründe dafür, in Bezug auf Abrüstung und Entwicklung die Perspektive der Demokratie ins Spiel zu bringen.

Der erste Grund betrifft das Wettrüsten und die Art und Weise, wie eine starke Rüstung (die Anhäufung von Waffen) mit einer Militarisierung von Gesellschaften einhergeht. Das gilt nicht nur für offen militarisierte Staaten wie Pakistan. In Frankreich beispielsweise spielen große Rüstungsunternehmen zunehmend eine finanzielle und damit politische Rolle im Mediensektor. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass ein derartiger Trend dazu beiträgt, die fehlende Transparenz zu verringern, die in Fragen der nationalen Sicherheit und der Rüstungspolitik herrscht.

Rüstungsproduzenten sind mit Sicherheit besser als der normale Bürger darüber informiert, dass die französische Armee plant, ihre schweren Waffen bis 2015 zu reduzieren. Eine derart bedeutende Neuverteilung öffentlicher Geld – es handelt sich um das Geld der Bürger – wurde niemals öffentlich vorgestellt oder diskutiert. Als französischer Bürger habe ich jedes Recht zu wissen, ob das so eingesparte Geld dafür genutzt wird, das Defizit des Staatshaushalts auszugleichen, oder für den Kauf eines neuen Flugzeugträgers verwendet wird. Und ich bin sicher, dass viele Men-

Abrüsten, um Armut zu bekämpfen: eine globale Herausforderung

Armut und soziale Ungleichheit sowie die Verweigerung von Grundrechten für die Mehrheit der Menschen auf der Erde fördern eine verzweifelte und gewaltsame Ablehnung demokratischer Werte und stützen chauvinistische und totalitäre Kräfte. Die stetige Ausweitung des Waffenhandels und die Weiterverbreitung von Atomwaffen heizen das Wettrüsten an, führen zur Militarisierung von Staaten und Gesellschaften und setzen die menschliche Sicherheit, Demokratie sowie Entwicklung aufs Spiel. Fast die Hälfte aller Analphabeten in der Welt sowie 40 % der weltweit Armen leben in Südasien. Trotz enormer sozialer Mängel geben die Regierungen dieser Region außerordentlich hohe Beträge für ihre Rüstungsbudgets und für Waffenkäufe aus. Lebenswichtige Ressourcen des Südens werden auf diese Weise zum Nutzen mächtiger Staaten und der Todesindustrien im Norden abgezweigt.

Diese Militarisierung bedroht die Nahrungssicherheit, Gesundheit, Bildung und die Umwelt. In Südasien wie in anderen Teilen der Welt ist es höchste Zeit für eine fortschreitende Verringerung des Waffenhandels und der Militärhaushalte, um Finanzmittel für Investitionen in die soziale Entwicklung zur Bekämpfung von Armut und prekären Lebensverhältnissen freizusetzen.

Als ersten Schritt strebt die Kampagne „Abrüsten, um Armut zu bekämpfen" eine öffentliche Verpflichtung von Frankreich, Indien und Pakistan an, die Militärausgaben bis 2010 um 10 % zu verringern und die eingesparten Mittel in den Sozialsektor umzuleiten. Eine derartige Initiative wird die Unterstützung einer großen Mehrheit der Bürger Europas und Asiens finden. Sie kann einen direkten positiven Einfluß auf das Leben von Millionen Menschen haben, die von einer Ausweitung sozialer Sicherheiten auf bedürftige Arbeiter und ihre Familien profitieren könnten. Sie wird eine sehr ermutigende Botschaft aussenden: dass gemeinsames gewaltfreies Handeln der Menschen für Gerechtigkeit und Frieden eine lebendige Alternative zu chauvinistischer Gewalt und Kämpfen zwischen Ethnien und Dorfgemeinschaften darstellt .

Aus der Presseerklärung zur Lancierung der Kampagne vom 11. November 2006 in New Dehli

schen eine öffentliche Diskussion über eine alternative Verwendung von eingesparten Rüstungsgeldern begrüßen würden, beispielsweise für ein nationales oder europäisches Programm, das Jugendlichen einen freiwilligen sozialen Dienst ermöglichen würde. In Frankreich könnte ein derartiges Programm übrigens vollständig durch die Verringerung des Rüstungshaushalts um weniger als zehn Prozent finanziert werden.

Über die finanziellen Folgen hinaus hat die Sicherheitspolitik einen so enormen Einfluss auf das Leben so vieler Menschen überall auf der Welt, dass eine transparentere Information und weniger restriktive öffentliche Debatten über diese Fragen in allen Staaten unter demokratischen Gesichtspunkten sehr berechtigt sind.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf gewaltfreien Widerstand und gewaltlose Kämpfe, um Gewalt in jeder Form einzudämmen. Als Aktivist einer Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich im Norden wie im Süden an Initiativen zu internationaler Solidarität und Entwicklung beteiligt, kann ich bestätigen, dass die Zivilgesellschaften eine Vielzahl weit gefächerter Initiativen ins Leben gerufen haben, um die Armut durch den Ausbau sozialer Rechte zu bekämpfen. Und es gibt viele konstruktive Bemühungen derselben Art, um ein besseres Bildungs- und Gesundheitswesen sowie einen wirkungsvolleren Umweltschutz zu erreichen. Alle diese gewaltfreien Bemühungen sind wichtig, um das demokratische Ethos im sozialen Gefüge auszuweiten. Ist Demokratie nicht im Grunde eine Verpflichtung zu der radikalen Gewaltlosigkeit von Rechten (Rechtssystem versus Gewaltsystem) als Antwort auf Gewalt und zur Lösung von Konflikten?

Wir betrachten Gewaltlosigkeit gewöhnlich als eine philosophische und persönliche moralische Haltung. Ich habe das Gefühl, dass wir sie nicht so sehr als eine politische Option fördern, die Bestandteil des demokratischen Wagnisses ist. Wie können wir die Erwartung hegen, die Kultur und Praxis gewaltfreier sozialer Aktion und demokratischer Entwicklung könne auf der lokalen und nationalen Ebene breiteren Raum finden, wenn auf der internationalen Ebene Gewalt als erste und oft einzige Option zur Konfliktlösung nach wie vor volle Legitimierung findet?

Aus meiner Sicht sind das einige der elementaren Prunkte, die das dreifache D von Abrüstung, Entwicklung und Demokratie eng miteinander verbinden. Das ist nicht alleine meine persönliche Sichtweise, sondern diese Perspektive wird von vielen Sozialaktivisten im Norden und Süden geteilt, die in der internationalen Kampagne „Abrüsten, um Armut zu bekämpfen“ mitarbeiten. Die Kampagne propagiert die „Zehn Prozent-Option“. Diese Aktionsorientierung möchten wir gerne mit allen diskutieren und gemeinsam vorantreiben, die die Tagesordnungen von Frieden und sozialer Gerechtigkeit zusammenbringen wollen.

Jean-Pierre Dardaud ist Vorsitzender der internationalen Solidaritätsorganisation „frères des hommes“ in Paris und koordiniert die Kampagne „Abrüsten, um Armut zu bekämpfen“. Der Text ist eine überarbeitete Version der Rede, die Dardaud im November 2007 auf dem Seminar des Internationalen Friedensbüros zu Abrüstung und Entwicklung in Alexandria gehalten hat.

ZC

Kosovo – ein neuer Rechtsstaat?!

Die Nato, die Mafia und ihr Verständnis vom Recht/Von Olaf Zander

„Das Gedächtnis schreibt mit Bleistift“, formulierte der Schriftsteller Erhard Blanck einst, und dies gilt wohl insbesondere für schnelllebige Mediengesellschaften. Was deutsche Gazetten derzeit über die „Unabhängigkeit Kosovos“ präsentieren, entspricht diesem Aphorismus auf jeden Fall. Da lohnt ein etwas genauerer Rückblick auf die Geschichte dieses „Konfliktes“.

1389 fand auf dem so genannten Amselfeld im heutigen Kosovo-Methohien (kurz Kosmet genannt) eine Schlacht zwischen serbischen Truppen und anrückenden Soldaten des osmanischen Reiches statt, die für das serbische Heer verloren ging, die türkische Armee aber entscheidend bei ihrem Vormarsch nach Zentraleuropa aufhielt und schwächte. Diese Schlacht gilt in Jugoslawien als Gründungsereignis der serbischen Nation und wird bis heute gefeiert. Schon damals schlug sich ein Großteil der moslemischen Bevölkerung des Kosmet auf die Seite der Aggressoren.

1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien und führte einen erbarmungslosen Krieg gegen Widerstandskämpfer und die Zivilbevölkerung. Und wieder dienten Kosovo-Albaner als Kollaborateure. Sie stellten u.a. die Waffen-SS-Division „Skanderbeg“, die unter deutschem Kommando agierte. Diese Einheit wurde vornehmlich für die so genannte „Partisanenbekämpfung“ eingesetzt, ist aber auch für Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung und Deportationen von Juden verantwortlich.

Kosmet besaß nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Jugoslawien einen einmalig weitgehenden Autonomiestatus mit eigenen Schulen, eigener Verwaltung etc. Keine andere Region in Europa hatte so umfassende Selbständigkeits-Rechte.

1991 legte die Regierung Kohl/Genscher die deutsche Außenpolitik auf eine Aufsplitterung des Vielvölkerstaates Jugoslawien fest. Deutlich wurde dies u.a. durch den internationalen Alleingang in der Frage der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Seinerzeit übernahm die deutsche Bundesbank die Bürgschaft für die Staatsbanken der neuen Republiken, ohne die eine weitere internationale Anerkennung wohl kaum zustande gekommen wäre.

Spätestens ab 1998 rüsteten vor allem die amerikanische CIA und der deutsche Bundesnachrichtendienst die so genannte kosovo-albanische Befreiungsarmee UCK mit Waffen und Logistik aus. Die UCK verübte Mord- und Bombenanschläge nicht nur gegen serbische Einrichtungen und Personen, sondern auch gegen Kosovo-Albaner die nicht bereit waren, sie zu unterstützen. Die jugoslawische Regierung schickte Armee- und Polizeieinheiten zur Bekämpfung der UCK nach Kosmet, was zu blutigen Kämpfen und Fluchtbewegungen eines Teils der Zivilbevölkerung führte. Im August 1998 beschloss die Regierung in Belgrad, ihre Einheiten zurückzuziehen, um die Situation zu entspannen und eine Art entmilitarisierte

Zone zu schaffen. Die UCK rückte jedoch sofort in diese Zonen vor.

Am 12. Oktober 1998 beschloss der Bundestag die Unterstützung der Bombardierung Jugoslawiens auch ohne UN-Mandat, ein klarer Bruch von nationalen Gesetzen und internationalen Vereinbarungen, die die Androhung von Gewalt zur Lösung von Konflikten verbieten.

Am 6. Februar 1999 begann die Farce der so genannten „Friedensverhandlungen von Rambouillet und Paris". Bereits am 30. Januar bevollmächtigte der Nato-Rat seinen Generalsekretär Solana, Luftschläge auf jugoslawische Ziele anzuordnen. Unter dieser ebenfalls illegalen Drohung erklärte sich die jugoslawische Regierung bereit, auch mit der UCK als wichtigstem Teil der kosovo-albanischen Delegation zu verhandeln. Bedeutsam ist dies , weil eben jene westlichen Staaten, die sich dafür eingesetzt hatten, ansonsten „Verhandlungen mit Terroristen" kategorisch ablehnen.

Der erste Entwurf eines Vertrages sah eine weitgehende Autonomie Kosmets bei gleichzeitiger territorialer Integrität Jugoslawiens vor. Diesem Entwurf stimmte die jugoslawische Seite zu, die Kosovo-Albaner allerdings verweigerten die Unterschrift. Daraufhin präsentierten die westlichen „Vermittler" einen zweiten Entwurf, der in großen Teilen unbekannt war und dessen Anhang (der Annex B) „nicht verhandelbar" war. Die Bedingungen dieses Teils des Vertrages waren für keinen souveränen Staat der Welt annehmbar, deshalb verweigerte die jugoslawische Regierung die Unterschrift und wurde wahrheitswidrig in den meisten westlichen Medien für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht.

Um die Bevölkerungen in den Nato-Ländern auf den längst beschlossenen Krieg vorzubereiten, waren eine Reihe von Lügen notwendig. Bereits 1992 hatten kroatische, bosnische und kosovo-albanische Kreise einen Vertrag mit der Werbeagentur „Ruder Finn" geschlossen – sein Inhalt: Begriffe wie „ethnische Säuberung" in den öffentlichen Medien lancieren, um die Belgrader Regierung zu diskreditieren. Real aber gab es solche ethnischen Säuberungen in Kosmet nicht, wie interne Papiere des deutschen Außenministeriums vom Frühjahr 1999 beweisen. Das „Policy Comitee" des US-Senats hatte bereits im August 1998 festgestellt: „Die Planungen für eine US-geführte Nato-Intervention ins Kosovo sind nun im Großen und Ganzen abgeschlossen. Das einzig Fehlende scheint ein Anlass zu sein – geeignet für eine wirkungsvolle Medienberichterstattung, die die Intervention politisch verkäuflich macht."

Dieser „Anlass" war das von der UCK mit Hilfe des US-Außenministeriums inszenierte so genannte „Massaker von Racak". Jugoslawische Polizeieinheiten gingen in dem Dorf Racak, einer UCK-Hochburg, gegen deren Kämpfer vor. Dazu hatten sie ein französisches TV-Team und OSZE-Beobachter mitgenommen, die den gesamten Einsatz beobachteten und kein „Massaker" feststellen konnten. Auch die Tage nach dem Einsatz angefertigten gerichtsmedizinischen Gutachten von jugoslawischen, russischen und finnischen Mediziner-Teams erbrachten keine Beweise für ein Massaker. Am Tag nach dem Einsatz präsentierten UCK-Kämpfer der internationalen Öffentlichkeit Tote, die sie als „Opfer eines serbischen Massakers" ausgaben.

Am 24. März 1999 begann die Nato-Bombardierung Jugoslawiens, bei der vor allem zivile Einrichtungen wie Kraftwerke, Fabriken, Wohn- und Krankenhäuser, Schulen und Altersheime zerstört wurden. Dies geschah unter Bruch aller entsprechenden internationalen Verträge und Abkommen (UN-Charta, Schlussakte von Helsinki etc.) und widersprach auch den nationalen Gesetzen der beteiligten Nato-Staaten sowie dem Nato-Gründungsvertrag. Nach 78 Tagen Bombardement wurde im so genannten „Friedensvertrag von Kumanowo" die territoriale Integrität Jugoslawiens, die Kosmet als Bestandteil der Bundesrepublik Jugoslawien beschrieb, unterzeichnet. Die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 bestätigte dies.

Seit der Besatzung Kosmets durch die Nato wurde ein Großteil der serbischen Minderheit vertrieben, 150 christlich-serbische Kirchen und Klöster niedergebrannt. Die deutsche Besatzungszone gilt als „serbenfrei".

Die absehbare und lange vorher geplante „Unabhängigkeit des Kosovo" stellt damit einen weiteren Rechtsbruch in der langen Liste von Rechtsbrüchen dar.

Und wer wird da „anerkannt"? Sowohl der frühere Ministerpräsident Kosmets, Agim Ceku, als auch der derzeitige Ministerpräsident, Hashim Thaci, waren Führungskader der UCK und sind für eine Reihe von Kriegsverbrechen, nicht nur in Kosmet, verantwortlich. Die einflussreichsten UCK-Clans der Region sind zudem quasi identisch mit der Drogen- und Prostitutionsmafia.

Der als Präzedenzfall (mit unabsehbaren Folgen) nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa geschaffene neue Rechtsstaat wird also von Kollaborateuren und Verbrechern regiert.

Wirklich unabhängig sind diese aber nicht. Die größte US-Militärbasis („Camp Bondsteel") befindet sich nicht zufällig in Kosmet und die zivile Verwaltung soll nun von der Uno in die Hände der EU übergehen. Dieser neue Staat wäre alleine auch nicht überlebensfähig.

Olaf Zander lebt in Berlin und hat zuletzt die „Die Prozessbeteiligten bitte eintreten. Gerichtsreportagen" im Pahl-Rugenstein-Verlag herausgegeben. ZC

Kontrapunkt zum Kriegstreibertreffen

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz 2008/Von Thomas Rödl

Zum sechsten Mal in Folge fand die inhaltliche Gegenveranstaltung zur so genannten „Konferenz für Sicherheitspolitik" in München statt.

Die diesjährige Alternativ-Konferenz hatte zwei Schwerpunkte: Das „Internationale Forum" mit dem Titel „Friedenspolitik angesichts von Klimawandel und Energiekrise" und die „aktuelle Runde" mit dem Thema „Atomraketen – Abwehren oder Abschaffen".

Beim Internationalen Forum sprachen Sabour Zamani, Leiter des afghanischen Kulturzentrums in Berlin zum Thema „Wege zum Frieden für Afghanistan"; Ursula Sladek erhellte als Geschäftsführerin die Frage, wie die Elektrizitäts-Werke Schönau zum Frieden beitragen; Hans-Christoph Sponeck, ehemaliger UNO-Sonderbeauftragter für den Irak, präsentierte seine Überlegungen zu den „Friedensaufgaben der UNO". *(Alle Konferenz-Beiträge werden*

auf der Homepage www.friedenskonferenz.info zur Verfügung gestellt und gedruckt in einer Dokumentation zusammengefasst.)

Atomraketen – Abwehren oder Abschaffen? Ausgangspunkt für das Thema der „aktuellen Runde" war das Projekt der US-Regierung, in der benachbarten Tschechischen Republik eine Radarstation zu errichten. Diese soll Teil eines globalen Raketenabwehrsystems werden und vor allem eine in Polen geplante Stellung von Abwehrraketen mit Daten versorgen.

Foto: DFG-VK-Gruppe München

Auf dem Podium diskutierten nach einer fachkundigen Einführung des Moderators Reiner Braun (Geschäftsführer von „Internationale der Anwälte und Richter gegen Atomwaffen"), der Physiker Prof. Hans-Peter Dürr (gleichzeitig Schirmherr der Friedenskonferenz), Luftwaffengeneral a.D. Hermann Hagena, Wolfgang Schlupp-Hauck (Vorsitzender der Friedenswerkstatt Mutlangen) und Adela Jureckova aus Tschechien (Mitglied im Sprecherrat der Initiative „Ne zakladnam" – „Nein zu den Militärbasen").

Die Besetzung dieses Podiums war in mehrfacher Hinsicht eine Neuerung: VertreterInnen der Friedensbewegung diskutieren mit einem Ex-General – und sind sich in der Ablehnung des Raketenprojekts einig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen; zweitens war zum ersten Mal ein Gast aus Tschechien auf der Friedenskonferenz in München. Nicht zuletzt bot die Diskussionsrunde den etwa 100 BesucherInnen in komprimierter Form handfeste und solide Informationen und Argumente gegen das US-Projekt der Raketenabwehr.

Hans-Peter Dürr erklärte in seinem Beitrag die Geschichte des ABM-(Raketenabwehr-)projekts aus der Rivalität zwischen US-Air Force und US-Navy um die Sicherung der Zweitschlagskapazitäten und um die Zuteilung von Mitteln. Seiner Auffassung nach geht es bei der Raketenabwehr, damit auch bei den Projekten in Tschechien und Polen, um den Zugang zum und die Kontrolle des Weltraums.

General a.D. Hagena bezweifelte die Funktionsfähigkeit und technische und finanzielle Machbarkeit eines Raketenabwehrsystems. Durch das Projekt würden Mittel gebunden, die an anderer Stelle fehlten. Auch er betrachtet als wirkliches Motiv die Zielsetzung der exklusiven militärischen Kontrolle des Weltraums durch die USA. Als politische Gefahren sieht er die Spaltung der Nato und eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland durch die Basen in Polen und Tschechien.

Adela Jureckova berichtete über die Vielzahl der Aktivitäten von „ne zakladnam", ein Zusammenschluss von 60 Organisationen. Sie berichtete von der Taktik der großen Parteien im Umgang mit den engagierten BürgerInnen, von den Versuchen der Massenmedien, die Bewegung totzuschweigen. Trotzdem seien 70 Prozent der BürgerInnen gegen den Bau der Radarstation. Sie nannte drei wichtige Argumentationen aus der tschechischen Diskussion. Erstens Demokratie: Die Radarstation soll gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt werden, diese fordert aber eine Volksabstimmung. Zweitens Souveränität: Die BürgerInnen wollen kein Werkzeug der US-Militärpolitik werden. Drittens Weltpolitik: Die Raketenabwehr schafft neue Spannungen zwischen Russland und den USA. Eine neue Konfrontation sei aber weder im Interesse der Welt noch der Tschechen. Gemeinsam und in internationaler Zusammenarbeit hätten die Menschen aber eine Chance, die Militärprojekte zu verhindern.

Wolfgang Schlupp-Hauck, auch Mitglied im Beirat des „Global Network against Weapons and Nuclear Power in Space", meinte, die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen führe zu einer neuen Runde im Rüstungswettlauf, weil sie die „andere Seite" zur Aufrüstung zwinge. Russlands Präsident Putin habe die Kündigung des INF-Vertrages, der Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometer Reichweite in Europa verbietet, bereits als Möglichkeit angedeutet. Demgegenüber sei im Rahmen der Uno der Vorschlag unterbreitet worden, die Gültigkeit dieses Vertrages auf die ganze Welt auszuweiten, was die Entwicklung von Raketensystemen von Schwellenmächten verhindern würde.

In der Diskussion wies Wolfgang Schlupp-Hauck auf die Bemühungen in den Vereinten Nationen hin, bei der nächsten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages konkrete Ab- rüstungsschritte und einen Zeitplan für allgemeine nukleare Abrüstung zu vereinbaren. Der Vertreter der britischen Regierung habe angedeutet, durch entsprechende Vorschläge wolle Großbritannien zum Vorreiter für eine atomwaffenfreie Welt werden.

Auf Deutschland bezogen plane die Kampagne „atomwaffenfrei 2010" vielfältige Aktivitäten in den kommenden Monaten und Jahren, um „unsere" Regierung dazu zu bewegen, Deutschland atomwaffenfrei zu machen. Dazu müsste sie auf die „atomare Teilhabe" im Rahmen der NATO verzichten und die USA zum Abzug der 20 Atombomben auffordern, die derzeit noch im rheinland-pfälzischen Büchel lagern und für den Einsatz durch deutsche „Tornado"-Bomber vorgesehen sind. In seinem Schlusswort forderte er die BesucherInnen auf, die geplanten Aktionen Ende August am Standort Büchel zu unterstützen *(siehe Seite 12 in dieser ZivilCourage-Ausgabe)*. Eine Welt ohne Atomwaffen brauche auch keine Abwehrraketen.

Unnötig zu erwähnen, dass über die Diskussionsrunde zur Raketenabwehr in den Medien nicht berichtet wurde. *(Die DFG-VK-Gruppe München stellt aus dem Mitschnitt der Diskussionsrunde eine Radiosendung zusammen, die dann unter www.dfg-vk.de/muenchen/friedensforum gehört werden kann.)*

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern. ZC

DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Bundesweites KDV-Seminar der DFG-VK für KDV-BeraterInnen und am Thema Kriegsdienstverweigerung Interessierte

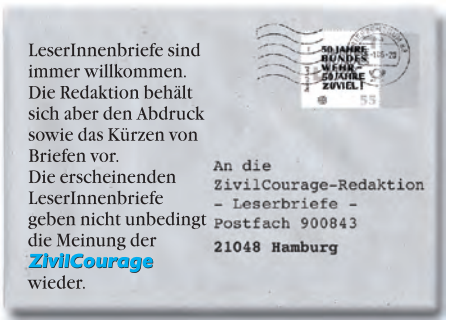
Termin: **Samstag, 31. Mai, 11:30 – 18:00 Uhr**
Ort: **Frankfurt am Main, Oekohaus, Kasseler Straße 1A** (3 Gehminuten entfernt von der S-Bahn-Station Frankfurt-West)
Referenten: **Peter Tobiassen, Geschäftsführer der Zentralstelle KDV; Eberhard Kunz, Rechtsanwalt und Mitglied im Vorstand der Zentralstelle KDV**
Leitung: **Klaus Pfisterer, Sprecher des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg und KDV-Rechtsbeistand**
Veranstalter: **DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg**

Bei dem KDV-Seminar werden diese beiden Themenbereiche behandelt:

1. „KDV-Beratungsschulung"
Anhand aktueller Fälle aus der Beratungspraxis werden alle relevanten Fragen und Probleme aus den Bereichen KDV-Anerkennung, Zurückstellung/Studium/Arbeitsplatz, Musterung(svorbereitung), „richtiger" Zeitpunkt der KDV-Antragstellung etc. behandelt. Am Ende ist jede/r Berater/in auf dem „aktuellen Stand".

2. „KDV als friedenspolitisches Thema für die DFG-VK"
Das Auslaufen der Wehrpflicht ist absehbar und damit die vollständige Umstellung der Bundeswehr auf eine Freiwilligenarmee. Das Thema Kriegsdienstverweigerung ist damit aber nicht erledigt: Auch freiwillige Soldaten können verweigern – und sollten und werden es angesichts zunehmender Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit auch tun. Eine neue Herausforderung für die alte KDV-Organisation DFG-VK. Wir wollen erste Strategieüberlegungen entwickeln, wie die DFG-VK unter veränderten Bedingungen mit der KDV-Frage umgehen soll.

Anmeldung bitte bis spätestens 21. Mai an die
DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1a
60486 Frankfurt
Telefon 069-27298231
Telefax 069-27298232
eMail kdv-seminar@dfg-vk.de



Bericht über die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, ZivilCourage Nr. 1, Feb./März 2008, Seite 17

Was die Bundesregierung verschweigt, ist, dass die US-Imperialisten Uranwaffen verwenden und deutsche „Tornado"-Aufklärer eingesetzt werden, um die Ziele hierfür auszusuchen. Darum ist Andreas Buro zu widersprechen, wenn er schreibt, dass jede Diskussion unter dem Vorzeichen „Wenn morgen alle Truppen abziehen" unrealistisch sei. Das Bremer Friedensforum und die DFG-VK-Gruppe Bremen fordern zu Recht „Frieden für Afghanistan - keine Bundeswehreinsätze"! Die US-Armee hat den Einsatz von Uranmunition in Afghanistan zu verantworten. Wer stellt diese vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag?

Herbert Sahlmann sagte: „Allerdings sei ein sofortiger Abzug der Bundeswehr nicht sinnvoll. Das würde chaotische Auswirkungen zulasten der Zivilbevölkerung bringen." Dass Chaos für die Bevölkerung ausbrechen würde, wenn die Kolonialmächte abziehen, verwendeten als Ausrede schon die Engländer, um Indien nach dem Zweiten Weltkrieg trotz eines Versprechens nicht in die Unabhängigkeit entlassen zu müssen. Das sagt jede imperialistische Großmacht und kann als Totschlagsargument nicht gelten! Die USA haben zu verantworten, dass für Jahrhunderte die Natur verstrahlt ist und die Menschen grausam zu leiden haben. Wie kann es für sie im ehemaligen Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan Wiedergutmachung geben? Die deutsche Leitung eines Hospitals in Kabul hat Angst, in der Öffentlichkeit zu sagen, dass es Missbildungen und qualvollen Tod bei Neugeborenen durch die Uranwaffenanwendung gibt und dass der Klinik, wenn sie es sagt, die Finanzhilfen gestrichen werden. Von den Bundeswehrsoldaten, die im Auftrag der Regierung Schröder heimlich am Irakkrieg teilnahmen, starben die Hälfte an Krebs (siehe Artikel „Struck-Skandale" von Christoph Hörstel in der Züricher Wochenzeitung „Zeit-Fragen" vom 13.02.2008). Es stellt sich die Frage: Was geschieht mit den betroffenen Menschen aus dem Irak, dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afghanistan, und kann ihnen überhaupt geholfen werden? Wer bestraft die Täter? Sollen sie alle nach den USA übersiedeln, um aus den uranverstrahlten Gebieten heraus zu kommen?

Von Karl Marx stammen die Sätze: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens."

Der Einsatz der Uranmunition zeugt davon, dass der Kapitalismus über Leichen geht, wenn er seine Profite durch Ausbeutung von Natur und Menschen steigern und sich bereichern kann auf Kosten der Menschheit. Die Menschenrechte werden im Namen der Menschenrechte zu Grabe getragen! Beim Afghanistankrieg geht es um den Bau einer Ölpipeline für US-Konzerne. Da die Taliban dem nicht zustimmten, wurde gegen sie Krieg geführt. Zuvor, als die US-Imperialisten den Kalten Krieg gegen den Osten führten, erhielten die islamistischen Fundamentalisten Waffenhilfe. Ohne sie hätten sie nie die afghanische Regierung bekämpfen können, die der ehemaligen UdSSR nahe stand. Der Fehler der Sowjetunion war, dass die in die Kriegsfalle der USA hineinmarschiert war. Auch wer dem Osten gegenüber kritisch steht, muss feststellen: Unter der damaligen Regierung in Afghanistan ging es den Frauen sehr gut und sie waren nicht entrechtet! Das Gefasel, „die Bundeswehr und die USA-Truppen seien da, um Frauenrechte zu schützen", ist eine bitterböse Lüge!

Die Kriegsgefahr ist weit im globalen neoliberalen Kaiptalismus verbreitet. Der Imperialismus kennt keine Friedenszeit! Was er kennt, sind kurze Pausen, um neue Kriege vorzubereiten! Deutschland ist Gehilfe in der Nato mit dem Ziel, die USA irgendwann abzulösen, um selbst eine imperialistische Großmacht zu sein. Die Forderung ist richtig, dass die Bundeswehr und die US-Truppen so schnell wie möglich aus Afghanistan abziehen sollen. Eine andere Welt ist möglich, um die Menschen vor diesen Kräften zu retten.

Bettina Fenzel, Bremen

„Die Lage in Afghanistan ist verheerend. Zivilmilitärische Zusammenarbeit beenden!“, ZivilCourage Nr. 1, Februar/März 2008, Seite 17

Einigermaßen befremdet habe ich die Berichterstattung von Robert Hülsbusch über das im Rahmen der Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden geführte „Expertengespräch“ zur Kenntnis genommen. Zwar wird dort zumindest erwähnt, dass ich zusammen mit Andreas Zumach, Katja Maurer, Christoph Hörstel und Herbert Sahlmann mit auf dem Podium gesessen habe, aber zugleich der Eindruck erweckt, dass ich dort offenbar nichts gesagt hätte. Dies trifft nicht zu, denn ich habe bei dieser Gelegenheit unter anderem dafür plädiert, dass die USA und Großbritannien umgehend ihre Truppen aus dem Krieg am Hindukusch abziehen und stattdessen entweder die Uno selbst die Friedensmission übernimmt oder aber die Europäische Union mit der Führung dieser Operation betraut, da diese in Gestalt der im Rahmen der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“ geschaffenen Strukturen über möglicherweise durchaus hinreichende Fähigkeiten und Kapazitäten zur Durchführung eines solchen Unternehmens verfügt. Zudem habe ich gefordert, dass mehr Truppen aus islamischen Ländern nach Afghanistan entsandt werden, um dort zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Landes beizutragen. Diese Auffassungen mögen für all diejenigen, die über ein fest gefügtes anti-westliches Feindbild verfügen und die Meinung vertreten, bei den USA und der EU handle es sich ohnehin nur um ein und dieselbe imperialistische Mischpoke, ja durchaus unkommod sein. Ich teile diesen anti-europäischen Soupcon dezidiert nicht und warne nachdrücklich davor, mit einer völlig überzogenen EU-Kritik einem Imperium Americanum in die Hände zu spielen, das schon immer im Rahmen der Nato eine perfide Politik des „Divide et impera“ verfolgt hat. Freilich lässt sich aus meiner Sicht über die Rolle und Funktion der europäischen Integration durchaus trefflich streiten. Da mag dann der Eine mehr die Risiken und der Andere mehr die Chancen eines solchen Projektes sehen. Völlig unangemessen jedoch finde ich eine selektive und manipulative Berichterstattung, die in undemokratischer Weise darauf abzielt, genau diese dringend notwendige Debatte zu unterdrücken.

Jürgen Rose, München

„Neue Runde in der Wehrpflicht-Diskussion“, ZivilCourage Nr. 5, Dezember 2007, Seite 8

Die in Deutschland erstmals 1814 in Preußen geschaffene allgemeine Wehrpflicht, bei der alle wehrfähigen Bürger Wehrdienst zu leisten haben, will die staatsbürgerliche Verpflichtung erzwingen, den eigenen Staat zu verteidigen. Darauf basiert auch die im Grundgesetz (Artikel 12a) verankerte Pflicht zum Dienst in den Streitkräften, womit sichergestellt werden soll, dass das Bundesgebiet im Ernstfall grenznah verteidigt werden kann. Dem entspricht die Regelung im Grundgesetz (Artikel 115a) mit seiner Klarstellung, wann es ernst wird, nämlich im „Verteidigungsfall“, d.h. wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht.“ Auf diesen Grundlagen ist seit 1954 eine deutsche Verteidigungsamee geschaffen worden. Die Idee der Wehrpflicht ist im neuen Jahrtausend durch rechtlihen und politischen Druck ins Wanken geraten. Deswegen hat sich auch der Bundesparteitag der SPD 2007 hiermit auseinandergesetzt, nachdem bereits ein Bundespräsident Position bezogen hatte: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Einschnitt in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass sie der Staat nur fordern darf, wenn es dessen äußere Sicherheit wirklich notwendig macht. Sie ist kein allgemein gültiges Prinzip, sondern auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung oder Abschaffung müssen sicherheitspolitisch begründet werden können.“

Knackpunkt: Die veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage hat sich in Europa entscheidend verändert. Es gibt keine Kräfte, die das Bundesgebiet mit Waffengewalt angreifen wollen, und damit keinen „Verteidigungsfall“ mehr. Deutsches Militär interveniert außerhalb des Bundesgebiets in Krisensituationen als „friedenserhaltende Maßnahme“, wozu sich die „westliche Wertegemeinschaft“ aus „humanitären Gründen“ berufen fühlt. Die Praxis hat den „Verteidigungsfall“ durch Intervention ersetzt, womit die Bundeswehr zur Interventionsarmee umfunktioniert worden ist. Wegfall der Verteidigung des eigenen Staatsgebiets entzieht der Wehrpflicht aber ihre Grundlage. Die Bürger haben nicht mehr ihren Staat zu verteidigen. Sie sollen in anderen den „Frieden sichern“. Dies ist aber nicht Aufgabe deutscher Staatsbürger. Wenn man meint, dafür Militär zu benötigen, wäre logische Konsequenz, Bürger einzusetzen, die freiwillig zum Waffendienst bereit sind, womit bei Abschaffung der Wehrpflicht der Weg zur Berufsarmee frei würde.

Auch bei den jüngsten, der Bevölkerung als „Verteidigung“ schmackhaft gemachten Kriegen geht es um Ressourcen und Märkte, vor allem um Öl und Erdgas: in Afghanistan Sicherung der Rohstofftransporte aus Zentralasien zum pakistanischen Ufer des Indischen Ozeans, im Irak gesicherte Ölversorgung. Damit die westliche Führungsmacht USA diese Ziele erreichen kann, bedient sie sich einer „Koalition der Willigen“, was der Aktion den Anstrich eines „gerechten Kriegs“ geben soll. Um andere nationale Interessen durchzusetzen bedarf es aber keiner Armee eigener Staatsbürger. Jede Person kann unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit vertraglich militärische Dienstpflichten übernehmen, wozu auch Auslandseinsätze gehören. So bietet sich denn durch Wegfall eigener nationaler Interessen Weiterbau des Wegs an zur alten Söldnerarmee, in der Berufssoldaten nicht als „Vaterlandsverteidiger“ dienen und kämpfen, sondern das Kriegshandwerk für Sold erledigen. Die französische Fremdenlegion ist aktuelles Beispiel dafür.

Hans Steuernagel, Hermannsburg ZC

Warum ich in die DFG-VK eingetreten bin

Foto: Privat

Ich bin bei der DFG-VK, weil ich mich gerne politisch engagieren möchte. Außerdem will ich meine Meinung auch auf friedlichen Demonstrationen zeigen. Die Themen der DFG-VK sind nicht nur für die Erwachsenen aktuell, sondern es betrifft auch uns, da wir die nachfolgende Generation sind, z.B. sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr für uns ein wichtiges Thema. Wenn die Bundeswehr sich an weiteren Kriegsschauplätzen beteiligt, muss die Jugend befürchten, vermehrt in die Bundeswehr eingezogen zu werden. Gemeinsam können wir mehr erreichen, deshalb ist es wichtig, Mitglied bei der DFG zu sein.

Robin Hellstern, 14 Jahre, Stuttgart; DFG-VK-Mitglied seit September 2007

DFG-VK mobilisieren! – Friedensbewegung unterstützen! – Afghanistankrieg beenden!

Aktuelle Arbeitsprojekte der DFG-VK/Von Monty Schädel

Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest Anfang April sei, so meldeten die Medien, eine neue Strategie für Afghanistan besprochen und ein Exit-Plan beschlossen worden. Bei etwas genauerem Lesen oder Hinhören wurde sehr schnell deutlich, dass das jedoch lediglich Seifenblasen für Medienschlagzeilen waren und der Propaganda dienten. Am Ende des Gipfeltreffens verkündete die Kanzlerin, dass sich die Nato-Regierungschefs darauf verständigt hätten, die zivile Komponente in dem Kriegseinsatz mehr zu beachten. Sie wiederholte damit letztlich nur die Propaganda, mit der der deutschen Bevölkerung seit Jahren bereits der Krieg in Afghanistan präsentiert werden soll. Gleichzeitig wurden aber mehr Soldaten der Nato für den Kriegseinsatz in Afghanistan zugesagt, der französische Präsident „vergaß“ sein Wahlversprechen und stockte die Truppen auf, anstatt abzuziehen, die Kanadier bleiben auch weiterhin dort, die Amerikaner sowieso. Am Ende wurde bezüglich Afghanistan nichts bewegt, was zum Frieden oder mindestens zu einer Beendigung der Kämpfe führen wird.

Auch die regierungsamtlichen Diskussionen in der Bundesrepublik waren von taktischen Gesichtspunkten geprägt. Sollte bei der nächsten Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Herbst nicht gleich für die nächsten 18 oder 24 Monate entschieden werden? Kann die Abstimmung über Krieg und Frieden nicht aus dem Bundestagswahlkampf 2009 heraus gehalten werden?

Selbst die Grünen haben auf ihrem so genannten friedenspolitischen Kongress Anfang März in Berlin zwar auch allgemein über Pazifismus gesprochen, doch ansonsten ähnliche Vokabeln wie die Kanzlerin genutzt. Mit Gästen wie u.a. dem Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn wurde nicht über die Beendigung des Krieges, sondern über „Prinzipien und Kriterien für Auslandseinsätze“ diskutiert. Die Vorstellungen der grünen Friedensinitiative *(www.gruene-friedensinitiative.de)* oder die Analyse der grünen Jugend *(www.gruene-jugend.de)* zu grüner Regierungspolitik unter Schröder und Fischer kamen dagegen in der Regie des Kongresses nicht vor.

Vor diesem Hintergrund trifft es sich gut, dass die Friedensbewegung im Allgemeinen und die DFG-VK im Besonderen ihre Erwartungen an den NATO-Gipfel und die aktuelle Regierungspolitik nicht zu hoch geschraubt hatten. Bereits im Februar hatten sich Aktive aus der Kooperation für den Frieden und dem Kasseler Friedensratschlag unter Beteiligung der DFG-VK zu einer Afghanistaninitiative verabredet. Gemeinsam wird

Friedlich denken allein ändert nichts

Die Mitgliederkampagne der DFG-VK

Auch wenn die DFG-VK heute mit etwa 4.400 Mitgliedern immer noch eine der Großen in der Riege der Friedensbewegung ist, so hängt ihre Wirksamkeit doch auch davon ab, wie sich ihre Mitgliederzahl entwickelt. Organisationen mit wenigen (aktiven) Mitgliedern haben nur selten auch Einfluss, können nur selten etwas bewegen. Hohe Mitgliederzahlen dagegen sichern die Arbeitsfähigkeit auch langfristig ab und ermöglichen so Planungen; gezielte Einflussnahme in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche sind so langfristig eher möglich. Durch eine gute Organisation der Arbeit können darüber hinaus Ressourcen effektiver eingesetzt werden, so dass die Ergebnisse eher der Verwirklichung der Verbandsziele zugute kommen.

Nachdem der DFG-VK-Bundeskongress im letzten Oktober grundsätzlich eine Mitgliederkampagne beschlossen hatte, hat nun der Bundesausschuss weitere Aktivitäten unternommen, um diese Kampagne möglichst bald mit Leben zu füllen. Bereits zu der Aktionswoche vom 1. bis 9. Mai stehen den Verbandsgliederungen neue Materialien zur Mitgliederwerbung zur Verfügung. Weitere DFG-VK-Materialien zur täglichen Nutzung sind in Vorbereitung und stehen nach der Sommerpause bereit.

Auch auf unserer Internet-Homepage soll sich in diesem Rahmen einiges ändern. In einem gesonderten Bereich sollen Mitglieder die Möglichkeit erhalten, mit einem Bild und einer kurzen Erklärung zu erklären „Ich bin Mitglied der DFG-VK, weil ...“ Wir wollen so nicht nur Funktionären unseres Verbandes, sondern allen die Möglichkeit bieten, sich zu unserer Organisation zu bekennen und für sie einzustehen. Vielleicht schreibt ja auch ihr dann einige Sätze. Die Materialien zur Mitgliederwerbung sollen selbstverständlich auch auf der Homepage zu finden sein.

Der Bundesausschuss hat sich darauf verständigt, dass die Gliederungen im Rahmen der jetzt gestarteten Mitgliederwerbung und im Interesse eines möglichst einheitlichen Auftretens der DFG-VK und ihrer Gliederungen gebeten werden, in Zukunft nach Möglichkeit nur noch mit einem einheitlichen Symbol und Schriftzug unseres Vereinsnamens an die Öffentlichkeit zu treten. Der Bundesausschuss schlägt die Verwendung nur noch einer Variante des zerbrochenen Gewehres vor, als Farben sollen schwarz oder blau verwendet werden *(für die Fachleute: das Blau ist im Farbfächer HKS 43)*. Dieses soll zur einfacheren Identifikation unseres Verbandes beitragen und so die Wiedererkennung fördern.

Mit den genannten Schritten zur Mitgliederwerbung und zum „Corporate Design“ sind die Vorstellungen verbunden, dass wir unsere DFG-VK mehr in die friedenspolitische und gesellschaftliche Öffentlichkeit bringen können und sich unsere inhaltlich-thematische gute Arbeit auch in steigenden Mitgliederzahlen auswirkt. Aber auch hier liegt es an jedem einzelnen Mitglied, wie er/sie unseren Verband vertritt. Wir sind eine Organisation, die davon lebt, dass ihre Mitglieder aktiv sind.

Wann hast du das letzte Mal ein Mitglied für die DFG-VK geworben und so mit dazu beigetragen dass sich die Friedensbewegung organisiert?

Monty Schädel

für den 7. und 8. Juni in Hannover ein internationaler Afghanistankongress *(www. afghanistan-kongress.de)* vorbereitet und eine gemeinsame Petition an den Bundestag gestartet. Seit Ostern werden bereits Unterschriften gesammelt, die im September vor der Abstimmung dem Bundestag übergeben werden sollen. Die im vergangenen Jahr erreichten 48.000 Unterschriften werden jedoch nur zu überbieten sein, wenn auch wirklich bundesweit und aktiv gesammelt wird.

Um einen Truppenabzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu erreichen und den Krieg zu beenden, muss der deutlichen Bevölkerungs-Mehrheit gegen den Krieg wirksam Gehör verschafft werden. Die DFG-VK hat deshalb beschlossen, über die gemeinsamen Aktivitäten hinaus bis Oktober eine eigenen Afghanistankampagne durchzuführen *(www.afghanistankampagne.de)*. Unser Verband will so die Initiativen der anderen Aktiven in der Friedensbewegung unterstützen, gleichzeitig aber auch eigene Ideen des Protestes umsetzen. Die DFG-VK will so ihre Position als bundesweite mitgliederstärkste Friedensorganisation ausbauen, das eigene Profil stärken und ihre Funktion als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Teilen der deutschen Friedensbewegung wahrnehmen. Kampagnenziel der DFG-VK ist, dass im Herbst mindestens 50 Abgeordnete mehr gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen als beim letzten Mal, dass die Bundeswehr Afghanistan verlässt und stattdessen zivile Alternativen Unterstützung finden und schließlich, dass Friedensverhandlungen unter Beteiligung aller afghanischen Volksgruppen und Konfliktparteien zu einer Beendigung des Krieges führen und das Land eine friedliche Perspektive erhält.

Die Ideen und Vorhaben der DFG-VK unter dem Motto „Verhandeln statt schießen – Den Afghanistankrieg beenden!“ stoßen dabei auch in anderen friedenspolitischen Zusammenhängen auf Zuspruch und Unterstützung. Der beschlossene vielfältige Fächerkanon hat jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, regional kann er weiter ergänzt werden. Neben der Unterschriftensammlung soll bundesweit vor allem auf Aktionen bei den Bundes- und Landesparteitagen von SPD und Grünen sowie eine Aktionswoche vom 1. bis 9. Mai orientiert werden, in der wir mit Podiumsdiskussionen, Mahnwachen, Infoständen etc. die Bevölkerung informieren und aufmerksam machen. Gespräche vor bzw. in Partei- und Wahlkreisbüros sollen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten auch in den Regionen thematisieren. Hintergrund für die Aktionswoche war die Überlegung, dass in vielen Parteistrukturen bis zum Beginn der Sommerpause die Entscheidungen über das Abstimmungsverhalten im Herbst gefällt werden. Bis dahin sind die Chancen am größten, Meinungen zu beeinflussen.

Daneben sollen aber, je nach regionalen Anforderungen und personellen Ressourcen, auch andere Aktionen unter dem Motto unserer Afghanistankampagne stattfinden und von Aktiven der DFG-VK organisiert werden. So finden verschiedene Vorträge statt, Referententouren sind bereits für Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg geplant. Aktionen vor Kasernen sollen Soldaten der US-Streitkräfte mit Informationen zur Kriegsdienstverweigerung versorgen, deutsche Soldaten sollen zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert werden. Aktionen gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr sollen über die Folgen für die jungen Menschen aufklären und die Strategie der Bundeswehr, soziale Zwangslagen junger Menschen auszunutzen, skandalisieren. Im weiteren Verlauf des Jahres werden Abgeordnetengespräche organisiert, und im Herbst vor der Bundestagsentscheidung über eine Mandatsverlängerung soll eine Brief-/eMail-/Telefonaktion durchgeführt werden.

Neben diesen direkten Aktionen unserer Kampagne bietet der Krieg in Afghanistan aber auch die Möglichkeit, weitere friedenspolitische Themen in die Diskussion zu bringen. So hat die unsichere Situation in der Kriegsregion zur Folge, dass die in Pakistan vorhandenen Atomwaffen noch bedrohlicher geworden sind. Unser Kampf gegen Atomwaffen kann so in unsere Kampagne genauso Eingang finden wie die Aktivitäten gegen Rüstungsproduktion und -export, denn auch in Afghanistan werden deutsche Waffen verwendet.

Es liegt jetzt nur noch an uns, dass wir aktiv(er) werden und möglichst viele andere dabei mitreißen.

Informationen und Materialien zu der DFG-VK-Afghanistankampagne sind im Internet zu finden: *www.afghanistankampagne.de* und/oder *www.schritte-zur-abruestung.de*

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK. ZC

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✗

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✗
Datum Unterschrift

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

ZivilCourage-Abo

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Bitte schnell reagieren – Termin: Freitag, 2. Mai

Diese Anzeige wird am 8. Mai in der „Frankfurter Rundschau“ (und eventuell in anderen Tageszeitungen) erscheinen.
Dafür brauchen wir auch Deine Unterstützung:
Deinen Namen* und 20 Euro.
Unterstützung bitte mitteilen per • Telefon: 0711-231 94 79 • Fax: 0711-215 52 14 • eMail: material@dfg-vk.de • Formular auf der Homepage: www.schritte-zur-abruestung.de
* In der Anzeige werden genannt: Vor- und Nachname, Ort, Beruf oder Funktionsangabe

Verhandeln statt schießen. Afghanistan-Krieg beenden!

DFG-VK

8. Mai 1945 – 8. Mai 2008

Der Krieg in Afghanistan eskaliert. Sicherheit und Frieden, Demokratie und Schutz der Menschenrechte sind durch Krieg nicht erreichbar. Deutschland ist schon längst zur Kriegspartei geworden und für die Opfer des Krieges verantwortlich. Ein lange andauernder Krieg droht – mit katastrophalen Folgen für Afghanistan und ohne Nutzen für unsere Sicherheit.

Der 8. Mai, der Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, ist Gelegenheit, an die Lehren des II. Weltkrieges zu erinnern. Das Friedensgebot des Grundgesetzes und das Verbot des Angriffskrieges waren die damaligen Konsequenzen. Heute wird versucht, diese Vorgaben umzudeuten, aus einem Krieg in einem fernen Land Verteidigung zu machen.

Doch Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt, sondern durch eine Politik des Interessenausgleichs, der Entmilitarisierung und Abrüstung.

Daher appellieren wir an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages:
- Sagen Sie „Nein“ zur Verlängerung der Mandate der Bundeswehr!
- Unterstützen Sie einen Prozess der Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien!
- Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz!

Wir fordern alle verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger auf:
- Wirken Sie in diesem Sinne auf Ihre politischen Vertreter ein.
- Unterstützen Sie unsere Aktionen für eine Verhandlungslösung in Afghanistan.
- Wählen Sie keine Kriegsparteien.
- Unterstützen Sie unsere Forderungen nach weiteren Schritten zur Abrüstung wie z.B. Senkung des Rüstungshaushalts, Stopp aller Rüstungsexporte.

SCHRITTE ZUR ABRÜSTUNG ist eine Initiative der **DFG-VK** (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen). Infos: www.schritte-zur-abruestung.de; www.dfg-vk.de. **Wir bitten um Spenden** (steuerlich absetzbar) zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Konto 817 46 07, BfS Köln, BLZ 370 205 00, Verwendungszweck: 8. Mai

Diese Anzeige wird unterstützt von:

[... hier sollte dein Name stehen ...]

ErstunterzeichnerInnen: Willi Hoffmeister, Ostermarsch Rhein/Ruhr; Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Konstantin Wecker, Liedermacher, München; Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund, Freising; Reiner Braun, Geschäftsführer IALANA, Berlin; Regina Hagen, INESAP, Darmstädter Friedensforum, Darmstadt; Johan Galtung, Friedensforscher, Paris; Paul Schäfer, MdB; Sabine Zimpel, Koordinierungskreis Attac Deutschland, Gelsenkirchen; Prof. Harald Wilde, Stralsund; Barbara Borchardt, MdL Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin; Adolf Riekenberg, Koordinierungskreis Attac Deutschland/IMI-Beirat, Alfdorf; Dr. Wolfgang Menzel, Bundessprecher der DFG-VK, Ortenberg; Monty Schädel, Geschäftsführer und Bundessprecher der DFG-VK, Waren/Müritz; Bernd Baier, Bundessprecher der DFG-VK, Friedberg; Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK, Freiburg; Bodo Ramelow, MdB; Ilja Seifert, MdB; Monika Knoche, MdB; Eva Bulling-Schröter, MdB, Landessprecherin Die Linke Bayern, Ingolstadt; Matthias Jochheim, IPPNW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.; Henning Zierock, Vorsitzender Gesellschaft Kultur des Friedens, Tübingen; Joachim Guillard, Journalist, Autor, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Roger Willemsen, Autor; Heike Hänsel, MdB

Die 20 Euro bitte mit dem Verwendungszweck „Anzeige 8. Mai“ überweisen an: Pax An e.V., Kontonummer 361349-705, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70